

Wöchentlich 60 Pf., monatlich 2.00 Pf.
(davon 90 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im Voraus zahlbar.
Belegpreis 4.32 Pf., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postgebühren.
Jahresabonnement 24.00 Pf., 2000 Mark; für Länder mit ermäßigtem Druckschickenspreise 20.00 Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Überausgabe für Berlin und im Sonder mit dem Titel „Der Abend“, „Mittwerts“ Sonntagsbeilage „Ball und Zeit“.

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhof (A 7) 293-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volkschekkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3 D. B. u. Dist.-Gef., Postkont., Jerusalemstr. 65-66.

Die einzige Kampfbroschüre 60 Pf. Postumschlag 2.- Pf. „Klein Wagen“ das seitgedruckte Wort 25 Pf. (zwei seitgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 1. Tarif, Stempelgebühr das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Familienanzeigen Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmter Anzeigen vor!

Preußens Notverordnung.

Notwendigkeiten des Staatsausgleichs.

Die preußische Staatsregierung veröffentlicht jetzt die zweite Sparverordnung, die zum Ausgleich des preußischen Haushalts notwendig geworden ist. Der neue preußische Finanzminister Dr. Klepper gab vor der Presse zu den Einzelheiten dieser neuen Notverordnung noch nähere Erklärungen ab. Er betonte hierbei nachdrücklich, daß Preußen seinen Etat unter allen Umständen ausgleichen müsse. Da dies auf keinen Fall mit Hilfe kurzfristiger Kredite über die Reichsbank geschehen dürfe, bliebe nur der Weg der Ausgabenkürzung und Einnahmesteigerung.

Der preußische Etat hat in den Jahren 1924/25 beträchtliche Ueberschüsse aufgewiesen, die bis 1929 dann aufgebraucht wurden. Schon 1930 war ein Staatsausgleich nicht mehr durchführbar. Der Voranschlag für 1932 schließt ab mit einem Fehlbetrag von 394 Millionen Mark, wozu noch weitere 45 Millionen Mark Fehlbetrag aus dem Rückgang der Lohnsteuern kommen. Durch die letzte Notverordnung der Reichsregierung vom 8. Dezember werden durch Gehaltskürzungen und Erhöhung der Umsatzsteuern 172 Millionen Mark weniger ausgegeben bzw. Steuereinnahmen erhöht, so daß, einschließlich der beabsichtigten Abschläge von weiteren 100 Millionen bei den Sachausgaben,

dem Fehlbetrag von 439 Millionen Mark Aktiosten in Höhe von 272 Millionen Mark entgegenstehen. Es bleibt somit ein ungedecktes Defizit von 167 Millionen Mark übrig.

Die Sachausgaben sind innerhalb eines Jahres um 180 Millionen Mark abgebaut worden, so daß hier die Grenze des Möglichen erreicht ist. Auch bei den Personalausgaben sind weitere Einsparungen kaum denkbar.

Da die preußische Staatsregierung grundsätzlich daran festhält, daß dieses restliche Defizit von 167 Millionen Mark nur durch echte Einnahmen ausgeglichen werden kann, so können hierfür nur neue Steuern in Frage kommen, wenn nicht das Reich durch eine Änderung des Finanzausgleichs das Steueraufkommen in Preußen erhöht. Zu der Frage neuer Steuern erklärte Dr. Klepper nachträglich, daß die Gerüchte, die von der Einführung einer Margarine- oder Schokoladensteuer wissen wollten, in das Reich der Fabel gehören. Dagegen hat die Schlachtsteuer im Kabinett zur Diskussion gestanden, jedoch ist eine Entscheidung über sie nicht gefällt worden.

(Siehe auch 2. Seite.)

Hitler in Amerika.

Propaganda gegen Deutschland.

„New York Times“ veröffentlichten einen Artikel Adolf Hitlers, der ein einziger Fußfall vor dem amerikanischen Finanzkapital ist. Von der Enteignung der Bank- und Börsenfürsten, von der Brechung der Zinsnechtheit ist mit keinem Wort die Rede. Unmühevoll wird versichert, daß von den Nationalsozialisten, wenn sie zur Macht kämen, „kein Feuerwerk“ zu erwarten sei. Ueber sein künftiges Regierungsprogramm weigert sich Hitler auch nur Andeutungen zu machen mit der originellen Begründung, er sei nicht dazu da, dem „sterbenden System“ gute Ratsschläge zu geben. Also: dieses Regierungsprogramm bleibt Amtsgeheimnis, bis eine Majorität von Eseln der Partei zur Macht geholfen hat, deren Programm sie gar nicht kennt!

Einstweilen scheut sich Adolf Hitler nicht, das gegenwärtige Deutschland vor den amerikanischen Gläubigern so schlecht wie möglich zu machen und es — was ihm für die schwebenden Stillhalterverhandlungen offenbar besonders zweckmäßig erscheint — als Verschwender und leichtfertiger Schuldenmacher hinzustellen. So schreibt er in der „New York Times“:

Man soll nicht glauben, daß Deutschland und ich (!) für etwas anderes kämpfen als für die vergessenen Tugenden unserer Vorfahren: für Sparsamkeit, Selbstdisziplin, Ehrhaftigkeit, die Grundsteine jedes Staats und jeder Gemeinschaft. Es muß gepart werden auf der ganzen Linie. Ich meine, es muß Schluf gemacht werden mit den extravaganten Methoden, die Staat und Gemeinden angewendet haben, um Anleihen zu erhalten.

Wolff Hitler erzählt den Amerikanern, daß in Deutschland die Ehrenhaftigkeit vergessen worden ist, und er spricht in diesem Zusammenhang von „extravaganter Methoden“ bei der Erzielung von Anleihen. Er bestätigt damit die Behauptungen ausländischer, besonders französischer Ankläger, die die deutsche Reichsregierung mit guten Gründen zu unterstützen bemüht ist. Alles nur, um den Finanzgewaltigen Amerikas den Glauben beizubringen, ihr Geld würde bei ihm besser aufgehoben sein als bei einer Regierung Brüning. Zweifellos hat Hitler durch diese Propaganda für sich selber die deutschen Interessen im Ausland aufs schwerste geschädigt.

Fiele es einem Sozialdemokraten ein, Lehnliches zu tun, welches Geschrei über Vandalenverrat würde sich in der ganzen „nationalen“ Presse erheben!

Gibt es ein Nebenkabinett?

Oft ist in der Presse der Linken gesagt worden, daß sich die Nationalsozialisten schon gewissermaßen als Nebenregierung etabliert haben und daß damit ein unmöglicher Zustand geschaffen ist, dem mit Tatkraft zu begegnen Pflicht der Regierung ist. Ueberraschenderweise wird das jetzt von der nationalsozialistischen Presse selbst bestätigt. In seinem „Angriff“ schreibt Dr. Goebbels:

Darf man sich auch unter dem Druck der Verordnungen eine behagliche Frage an das Kabinett erlauben? Kennt die Regierung die Stimmung im Lande? Wenn ja, was gedenkt sie dagegen zu tun? Sie besitzt keine Handlungsfreiheit mehr dem Auslande gegenüber. An ihrer Seite hat sich sozusagen ein oppositionelles Nebenkabinett etabliert, und es muß beim Unvoorzugsnamen der Eindruck entstehen, als sei der Welt gegenüber die Opposition mehr legitimiert, als die ordentliche Regierung.

Herr Goebbels findet diesen Zustand sehr vergnüglich, und das ist von seinem Standpunkt aus ohne weiteres zu verstehen. Was aber gedenkt die Reichsregierung zu tun, um ihre Handlungsfreiheit dem Auslande gegenüber zurückzugewinnen und die Welt davon zu überzeugen, daß nur sie und kein „Nebenkabinett“ die gültige Legitimation besitzt?

Neue Gefahren am Arbeitsmarkt

Die Opfer privatkapitalistischer Pleiten.

Ueber dem Arbeitsmarkt ballt sich neues Gewölk zusammen. Die Lage hat sich in der ersten Dezemberhälfte verschlechtert. Wir haben nicht nur eine saisonale Zunahme der Arbeitslosigkeit, sondern auch aus konjunkturellen Gründen einen neuen Auftrieb der Arbeitslosenmassen zu erwarten. Die Zusammenbrüche von Borzig und Hanomag sind Symptome einer weiteren konjunkturellen Verschlechterung der Lage. Sie sind Vorboten neuer Gefahren.

Die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen belief sich nach dem Bericht der Reichsanstalt in der ersten Dezemberhälfte auf rund 290 000, womit eine Belastung von rund 5 349 000 erreicht wurde. In der gleichen Zeit des Vorjahres war die Zunahme mit rund 276 000 neu gemeldeten Arbeitslosen nur um wenig geringer.

Der Anteil der überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufe ist in der ersten Dezemberhälfte rascher (um 4,2 Proz.) als in der zweiten Novemberhälfte (um 1,6 Proz.) gestiegen. Neben der Beendigung des Weihnachtsgeschäftes in vielen Industrien haben besonders die internationalen Währungsschwierigkeiten und die Schutzmaßnahmen wichtiger Wirtschstaaten ungünstig auf den deutschen Arbeitsmarkt eingewirkt.

Die Belastung von Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge hat zusammen um etwa 158 000 Hauptunterstützungsempfänger zugenommen. Nach den Meldungen der Arbeitsämter wurden in der Arbeitslosenversicherung am 15. Dezember 1931 rund 1 484 000 Hauptunterstützungsempfänger (Zunahme rund 118 000) gezählt, während in der Arbeitslosenfürsorge nach einer Zunahme um rund 40 000 etwa 1 445 000 Hauptunterstützungsempfänger betraut wurden.

Amerika 1931.

Arbeitslosigkeit! — Kinderelend! — Lohnabbau!

Washington, Mitte Dezember.

Die Gespenster Hunger, Not, Elend und Krankheit suchen jetzt auch Amerika immer mehr heim. Im Hintergrunde droht neues Kriegsverderben. Der Farmer wehrt sich mit den letzten Kräften gegen den kommenden Ruin. Der Arbeiter ist durch den Maschinenfortschritt aus dem Existenzgleichmaß geworfen, verelendet und den verstärkten Angriffen der Klassengegner ausgeliefert. Der kleine Geschäftsmann gehört der Vergangenheit an, ist längst in das Stechtagenproletariat abgesunken, von dem der in veralteten Denkgreifen lebende Durchschnittsamerikaner auch heute noch nichts wissen will. Hinter den Massen und der Regierungsmaschinerie steht eine kleine Multimillionärsclique, herrscht die Handvoll jener 149, deren steuerbare Gesamteinkommen im Krisenjahr 1930 die ungeheure Summe von über 356 Millionen Dollar erreichten. 149 Einzelmenschen aus einer Nation von 120 Millionen. Aber sprechen wir von konkreten Dingen, die besser als alles andere zeigen, wie wenig von Freiheit und Gleichberechtigung aller im glorreichen Jahre 1931 übrig geblieben ist. Hier sind, aus dem Topf des Alltages gegriffen, einige Beispiele:

In den Jahren 1920 bis 1927 sind über drei Millionen Menschen durch die Entwicklung der Maschinenteknik ihrer landwirtschaftlichen Existenz verlustig gegangen und als Industrieproletarier in die Großstädte getrieben worden, wo sie heute zum größten Teil der täglich wachsenden Armee der amerikanischen Arbeitslosen angehören. Nichtsdestoweniger geht dieser landwirtschaftliche Mechanisierungsprozeß im Angesichte einer Agrarkrise, wie sie Amerika noch nie erlebt hat, ruhig weiter und zwingt den amerikanischen Farmer zur Aufnahme von Beihilfen für maschinelle Verbesserungen, will er sich gegen die zunehmende Konkurrenz und Preisunterbietung überhaupt über Wasser halten. Ohne wirtschaftliche Notwendigkeit werden der amerikanischen Landwirtschaft jährlich Maschinenwerte von Hunderten von Millionen Dollar von den allmächtigen Industrien aufgezungen; so allein im Jahre 1930 Traktoren für 145 Millionen und andere Farmmaschinerie für 146 Millionen Dollar. Diese Mechanisierung bedeutet die Proletarisierung weiterer Hunderttausende und Millionen Landarbeiter. Gleichzeitig aber gibt sie den amerikanischen Maschinenindustrien die Möglichkeit, eine künstliche Prosperität vorzutäuschen und den Dividendenhunger zu befriedigen.

In den Schulen der Autometropole Detroit werden täglich über 20 000 Kinder mit einer Mahlzeit versorgt, deren Kosten 5 Cents pro Kind durch öffentliche Sammlungen eines städtischen Wohlfahrtskomitees aufgebracht werden. Wie die städtischen Behörden festgestellt haben, ist diese Mahlzeit die einzige Verpflegung, die ein großer Teil der Kinder überhaupt erhält. So kommen nach den gewiß unverdächtigen Aussagen der Lehrkräfte Tausende von Kindern, ohne überhaupt einen Frühstücksbissen zu Hause erhalten zu haben, in die Schulen und stürzen sich heißhungrig auf die Mahlzeit, die wegen der Schwierigkeiten der Geldausbringung sehr häufig unzureichend ist. Das städtische Komitee ist am Ende seiner Finanzkräfte und steht die bestehenden Elemente von Detroit um Hergabe von wenigstens einigen hunderttausend Dollar an, um die Verpflegung der Kinder, deren Eltern „Fords Schützlinge“, größtenteils arbeitslos sind, über den Winter sicherzustellen. Was im übrigen aus einem Kinde werden soll, das an einer Elendsmahlzeit pro Tag aufwächst, ist ein anderes Problem, an das sich die Detroitier Stadtväter wohlweislich nicht herantrauen. Die eiserne Faust Fords hängt sichtbar über der Stadt und vermag den anfälligen Stadtbewohnern leicht zu ihrem Schaden zu beweisen, daß das Großkapital Gott und Ford sein allwissender Prophet ist. . .

Degegen schreibt die „Kollage“ der amerikanischen Stahlindustrie, deren finanzielle „Schwierigkeiten“ erst vor wenigen Wochen durch die zehnprozentige Kürzung aller Arbeiter- und Angestelltenlöhne so eindringlich vor Augen geführt worden ist, wirklich zum Himmel. Oder mag jemand daran zu zweifeln, wenn die Geschäftswelt nach Abschreibung reichlicher Reserven klipp und klar beweisen, daß die United States Steel für die ersten neun Monate des laufenden Jahres in dieser Krise einen Nettogewinn von 21,7 Millionen Dollar auszuweisen vermochte, die Bethlehem Steel 7,4 Millionen und die Youngstown 1,17 Millionen Dollar? Jedenfalls bleibt den amerikanischen Stahlmagnaten der Trost, daß die Dividenden gerettet worden sind und die Aktionäre nach dem im Oktober erfolgreich durchgeführten Lohnabbau nicht mehr in Angst und Schrecken zu schweben brauchen, daß ihren „legitimen Gewinnen“ in Zukunft Abbruch getan

Einzelheiten der Notverordnung.

Aufgehobene Amtsgerichte. — Verringerung der Kreise.

Im einzelnen bestimmt die Verordnung, daß die Zahl der im Staatshaushalt für 1931 vorgesehenen Stellen für Oberregierungs- und -vorstände sowie Regierungs- und -vorstände mit Wirkung vom 1. April 1932 mindestens um 10 verringert wird und die Oberförstereien durch Verringerung ihrer Zahl unter anderer Abgrenzung so umzubilden sind, daß bis zum 30. September 1932 die Zahl der Oberförster um wenigstens 40 verringert wird. Die Forsteinrichtungsanstalten werden mit dem 1. April 1932 aufgehoben.

Die an einem Ort befindlichen staatlichen Kassen

Sind bis spätestens 1. Oktober 1932 grundsätzlich zusammenzulegen. Bis zur gleichen Zeit ist die Zahl der Kreiskassen und der Sonderklassen aller Verwaltungszweige um wenigstens 50 zu vermindern.

Die Echnungsdirektionen werden als selbständige Behörden zum 1. April 1932 aufgehoben. Die Aufgaben der Echnungsverwaltung gehen auf die Allgemeine Verwaltung über. Bis zum 1. April 1932 sind ferner mindestens 9 Gewerbeaufsichtsstellen aufzuheben. Die Zahl der bestehenden Fachschulen ist einzuschränken. Die Berufspädagogischen Institute werden entsprechend dem durch die Sparmaßnahmen verminderten Bedarf an Gewerbeoberlehrern (Gewerbeoberlehrerinnen) eingeschränkt.

Bis zum 1. Oktober 1932 werden weiter 4 Bergreviere aufgelöst; bis zum 30. September sind mindestens

50 Amtsgerichte aufzuheben.

Der Justizminister wird ermächtigt, die Grenzen der Amtsgerichtsbezirke durch Verordnung zu ändern.

Die Zahl der Kreise ist zu vermindern. Der Minister des Innern wird beauftragt, sofort festzustellen, welche Landkreise ohne Beeinträchtigung der Interessen der Bevölkerung aufgelöst werden können. Diese Nachprüfung muß spätestens bis zum 1. Juli 1932 und die Durchführung bis zum 30. September 1932 beendet sein. Auch die Zahl der Regierungen ist nach der Verordnung zu vermindern. In Provinzen, die nur aus einem Regierungsbezirk bestehen und in denen der Amtssitz des Oberpräsidenten und der Amtssitz des Regierungspräsidenten sich am gleichen Orte befinden, werden dem Oberpräsidenten zugleich die Geschäfte des Regierungspräsidenten übertragen. Soweit sich in Provinzen mit mehreren Regierungsbezirken der Amtssitz des Oberpräsidenten und der Amtssitz eines Regierungspräsidenten am gleichen Orte befinden, ist der Oberpräsident mit der Wahrnehmung der Geschäfte dieses Regierungspräsidenten durch das Staatsministerium zu beauftragen.

Der Minister des Innern wird ferner ermächtigt, im Statistischen Landesamt durch Aenderung seiner Organisation eine Verminderung des Personalbestandes durchzuführen.

Die Geschäfte der bei freisangehörigen Gemeinden errichteten Versicherungsämter gehen mit Wirkung vom 1. April 1932 auf die staatlichen Versicherungsämter bei den Landkreisen über. Die

Landeskulturämter und das Oberlandeskulturamt

werden spätestens mit Wirkung vom 1. April 1933 aufgehoben. Die Aufgaben der Landeskulturämter gehen auf die Allgemeine Verwaltung, die des Oberlandeskulturamtes auf das Oberverwaltungsgericht über. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 werden aufgehoben: 1. die Versuch- und Forschungsanstalt für Getreideverarbeitung in Berlin; 2. drei Institute an der Versuch- und Forschungsanstalt in Landsberg a. d. Warthe; 3. ein Institut an der Versuch- und Forschungsanstalt in Tschernitz; 4. das Institut für Milchverarbeitung an der Forschungsanstalt für Milchwirtschaft in Kiel; 5. ein Institut (Physik) der Forstlichen Hochschule in Hann.-Münden; 6. ein Institut (Forstpolitik) der Forstlichen Hochschule in Eberswalde; 7. ein Institut (Physik) der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin; 8. ein Institut (Chemie) an der Tierärztlichen Hochschule in Berlin.

Die Kulturbauminister werden ebenfalls aufgehoben. Den Zeitpunkt der Aufhebung sowie das Nähere über die Durchführung bestimmt das Staatsministerium. Der Zuschuß für die Gebäudeverwaltung wird für das Rechnungsjahr 1932 auf 3,6 Millionen gesenkt und darf vom 1. April 1933 ab höchstens 2 Millionen jährlich betragen.

Auf dem Gebiete des Hochschulwesens sollen durch Senkung der Sach- und Personalausgaben sowie durch organisatorische Maßnahmen ebenfalls alsbald weitere Einschränkungen vorgenommen

werden. Das Nähere regelt der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung im Einvernehmen mit dem Finanzminister.

Die Kunstakademien

insgesamt sind durch organisatorische Maßnahmen, insbesondere durch Verlegung oder Aufhebung von Professuren so umzubilden, daß mit Abschluß des Wintersemesters 1931/32 die Kunstakademien in Königsberg, Kassel und Breslau aufgehoben werden. Die staatliche Theaterverwaltung ist so umzubilden, daß die Staatstheater in Kassel und Wiesbaden und das Schiller-Theater in Berlin mit Ablauf der Spielzeit 1931/32 geschlossen werden.

Die Preussische Hochschule für Leibesübungen (Landesturnanstalt) in Spandau wird mit Abschluß des Wintersemesters 1931/1932 aufgehoben. Die Pädagogischen Akademien sind durch Verringerung ihrer Zahl und durch Verschmelzung ihrer Lehrkörper so umzubilden, daß vom 1. April 1932 ab von den jetzt bestehenden 15 Pädagogischen Akademien

neun pädagogische Akademien geschlossen

werden. Die Verwaltung der Schulaufsicht ist so umzubilden, daß die Schulaufsichtskreise mit Wirkung vom 1. April 1932 ab um weitere 50 Schulaufsichtskreise vermindert werden. Die Medizinverwaltung ist bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1932 zu vereinheitlichen.

Die Leistungen des preussischen Staates für die landwirtschaftliche Siedlung werden auf die Zustimmung der Landeskulturverwaltung bei der Siedlung und eine Jahreshöchstleistung von 7,7 Millionen beschränkt, die ausschließlich für die Leistungen für die bis zum 1. April 1932 gegründeten Siedlerstellen, besonders für die laufenden Zuschußleistungen, etwaige Verluste und Zwangsverwaltungsstellen bestimmt sind. Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und der Finanzminister werden beauftragt, die erforderlichen Verhandlungen alsbald mit der Reichsregierung aufzunehmen.

Domänenland wird bis zur Gesamtläche von 50 000 Hektar unentgeltlich zu Siedlungszwecken zur Verfügung gestellt.

Die Verordnung bestimmt ferner noch, daß auf Beamte, deren Stelle infolge organisatorischer Verwaltungsmaßnahmen wegfällt, die Verordnung über die einstweilige Verlegung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand vom 26. Februar 1919 mit den zur Abänderung und Ergänzung dieser Verordnung ergangenen und noch ergehenden gesetzlichen Vorschriften Anwendung findet, und zwar unbeschadet der Vorschriften des Artikels 104 der Reichsverfassung und des § 86 des Gesetzes betreffend die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten vom 21. Juli 1892. Freierwerbende Stellen sollen — soweit sie besetzbar sind — mit den auf Grund der im ersten Teil getroffenen Maßnahmen entbehrlich werdenden Beamten besetzt werden.

Lehrpersonen, die am 1. Oktober 1931 das 62., aber noch nicht das 65. Lebensjahr vollendet haben, treten mit dem 1. April 1932 kraft Gesetzes in den Ruhestand.

Schließlich heißt es in der Verordnung, daß von dem laufenden Einkommen an Hauszinssteuer im Rechnungsjahr 1932 insgesamt 50 Millionen zur Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu verwenden sind. Der Rest wird für den allgemeinen Finanzbedarf von Staat und Gemeinden, gegebenenfalls für den Realsteuerleistungsfonds, den kommunalen Wohlfahrtsleistungsfonds und die kommunale Umschuldung in Anspruch genommen. Die Festlegung des Verteilungsschlüssels und die nähere Regelung der Ablösung sowie der Verwendung der Abzahlungsbeträge bleibt der Bestimmung des Staatsministeriums vorbehalten.

Die Ausführungsbestimmungen zu den einzelnen Anordnungen der Verordnung sind den jeweils zuständigen Reformministern übertragen worden. In mehreren Fällen liegt die Entscheidung beim Staatsministerium.

Die Notverordnung im Rundfunk.

Der preussische Finanzminister Klepper wird am Mittwoch, dem 23. Dezember, 19 Uhr, über die Deutsche Welle und sämtliche preussischen Sender über „Die neue preussische Notverordnung“ sprechen.

wird. Daß aber die Arbeitnehmererschaft durch den Lohnabbau gegen acht Millionen Dollar eingebüßt hat, ist für die weißen Wirtschaftsgehirne derer um Mellon und Schwab nebenächlich und zielt im übrigen ab, die „legitimen Ansprüche des Kapitals zu vertuschen und den Arbeiter kopfscheu zu machen“. Geht es nach dem Willen der Pittsburg-Industriegewaltigen, so muß der Arbeiter sich noch dankbar erweisen, daß seine Lohnabzüge dazu beitragen, das schwere Finanzloch der Gesellschaften zu erleichtern und die Dividende aufrecht zu erhalten.

Nach noch ein anderes Kapitalistenstück, das zeigt, daß die Welt für die herrschende Klasse doch nicht ganz so übel und hoffnungslos aussieht, wie das professionelle Klagegeschrei der Wallstreet-Beute erwarten läßt. Während sich im Oktober die Zahl der Bankzusammenbrüche auf 512 mit einem Gesamt-Depositenkapital von 566 Millionen Dollar belief, ist diese Rekordziffer im November auf 25 Bankschließungen pro Woche gesunken und wird in den kommenden Wochen wahrscheinlich noch weiter zurückgehen. Wie die leitenden Finanzkreise beruhigend feststellen, hat die Bankenkrisis damit wieder das normale Niveau des Jahres 1930 erreicht. Die Gesamtsumme der in diesem Jahre durch Bankbankrott und -schließungen festgelegten Beträge beläuft sich auf über 1500 Millionen Dollar. Sicherlich ein schöner Geldhaufen, wenn bedacht wird, daß er hauptsächlich aus den Taschen der kleinen Leute stammt. Die Großen mit der feinen Spürnase haben sich rechtzeitig aus den meistens sehr anrüchlichen Bankaffären zu ziehen gemüht.

So schaut das wirkliche Amerika an einem Wintertage 1931 aus. Aus Jammer und Leiden löst sich auch hier der Schrei der Massen nach Freiheit und Glück, taucht auch hier die Frage auf, wie sich die Welt vor der alles zermalmenden kapitalistischen Krisenwelle retten kann. Amerika ist trotz dreijähriger Krise auch heute noch von einer Trugatmosphäre von Prosperität umgeben, von der Millionen Farmer und Arbeiter glauben, daß sie echt ist und wirksam vor Rot und Elend zu schützen vermag. Die Wirklichkeit aber ist und bleibt, daß das Schicksal einer Nation von 120 Millionen Menschen und darüber hinaus einer ganzen Welt in den Händen einer Handvoll von Finanzpotentaten liegt, die aus der gegenwärtigen Krise nicht mehr herauswissen.

Der „Spiritus-Rector“.

Hugenberg-Partei wird nach Spirituslitem bezahlt.

Im Parteilager des Geheimen Finanzrats Hugenberg herrscht übelste Mißstimmung. Wer daran zweifelt, den mag der Bettebrief überzeugen, der von dem Landesvorsitzenden v. Siewewitz in Pommern verfaßt wird und den wir im „Berliner Tageblatt“ abgedruckt finden. Er hat folgenden Wortlaut:

Stettin, 15. 12. 1931.

Herrn Rittergutbesitzer

Durch die neue Notverordnung sind die Finanzverhältnisse des Landesverbandes Pommern der DNVP von Grund auf umgestellt. Beitragsanweisungen, vor allen Dingen aus den Reihen der Mitglieder des Großgrundbesitzes, wurden bereits teilweise seit September d. J. nicht mehr durchgeführt.

Mit dem 1. Dezember standen alle Zahlungen still.

Der 1. Januar steht uns vor ungeheuren Schwierigkeiten finanzieller und damit moralischer Art. Die Umstellung unseres Beitragswesens auf Barzahlungen, auf Grund der Ausgebung von Beitragsmarken und dergleichen, wie es andere Parteien haben, läßt sich von heute auf morgen nicht bewältigen.

Herr Landrat von Bismarck hat mit den leitenden Verantwortlichen der Spiritusverwertungs-Gesellschaft Rücksprache genommen. Diese ist bereit, selbst unter großen Schwierigkeiten eine ehrenvolle Überweisung für das Jahr 1932 an den Landesverband der Partei zu Ihren Besten vorzunehmen.

Eine genaue Kalkulation hat ergeben, daß es notwendig ist, daß für je 100 zu liefernde Liter Spiritus 10 Pf. Sonderbeitrag bezahlt

werden mußte. Von uns aus können wir selbstverständlich die Berechnung für Ihre Spiritusmenge und damit die Berechnung der Beitragssumme nicht vornehmen. Dieses will lebenswürdigerweise das Büro der Spiritusverwertung übernehmen.

Es fällt uns schwer, diesen Brief zu schreiben. Wir hoffen auch, daß er eine Ausnahme in unserem bisherigen parteipolitischen Leben darstellt. Die Verantwortung diktiert ihn uns.

Auch nur wenige Absagen würden uns vor die ungeheuersten Schwierigkeiten stellen. Wir hoffen deshalb bestimmt, daß Sie, um so mehr, als es sich nur um eine Verzögerung handelt, unserem Wunsche entsprechen werden.

Vor sich windet die Arbeit der DNVP in der nationalsozialistischen Provinz Pommern, so ist damit nicht eine Organisation — sondern ein Stück preussische monarchistische Vaterlandsliebe zu Ende.

Mit deutschem Gruß!

(94) v. Siewewitz, Landesvorsitzender.

H. v. Bonin, Schatzmeister.

Holzhausen, Landesgeschäftsführer.

Die größere Ebbe in der deutschnationalen Klasse, desto größerer treten die Deutschnationalen sonst auf. Schon haben sie erst in der Harburger Front die Auflösung des Landtags durch Volksentscheid gefordert. Wenn sie Erfolg gehabt hätten, könnten sie nicht einmal die Wahlkosten bezahlen, um so weniger, als es ihnen nach eigenem Geständnis ja nicht möglich ist, regelmäßige Beiträge zu erheben, wie die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter sie für ihre Partei bringen. Dabei spannen sie jetzt eine wirtschaftliche Organisation, die Spiritusverwertungs-Gesellschaft, vor ihre Parteikasse. Diese, wenigstens der Theorie nach, neutrale Gesellschaft wird mit ihrer Buchhalterei und Kassenführung zum Unterkasser der zahlungsfähigen Hugenberg-Partei gemacht. Deutlicher konnte die Parteilichkeit des Unternehmens kaum herausgestellt werden. Man kann neugierig darauf sein, was die nicht-deutschnationalen Gutsbesitzer, die an der Spiritus-Gesellschaft beteiligt sind, zu dieser parteipolitischen Betätigung der Gesellschaft zu sagen haben. Besonders dürften die Nationalsozialisten unter den junferlichen Schnapsbrennern ihrem deutschnationalen Anhängel einiges mitteilen wollen.

Die Landtagsabgeordnete Dr. Käthe Frankenthal hat ihren Austritt aus der Partei angemeldet. Sie will sich der Sendewitz-Gruppe anschließen, die durch ihren Liebertritt ihre erste Vertretung im Preussischen Landtag erhält.

Tendenzurteil gegen Republikaner.

Nazischläger als Unschuldslämmer.

Bremen, 22. Dezember. (Eigenbericht.)

Vor dem Großen Schöffengericht Bremen ging eine sieben Tage dauernde Verhandlung wegen der blutigen Zusammenstöße am Abend des 9. November zu Ende, in deren Verlauf der Nationalsozialist Deder durch einen unkenntlichen Täter erschossen wurde. Am 9. November hatten die Nationalsozialisten eine „Totengedenkfeier“, von der sie trotz polizeilichen Verbots geschlossen nach Hause zogen. Das Reichsbanner war an diesem Abend wegen heimgewandter politischer Gerüchte alarmiert worden und hatte Streifen entsandt. Gleichzeitig fand eine Gründungsversammlung des Schutzbundes der SA statt. Reichsbannerstreifen, die in der Nähe des SA-Bezirks waren, wurden von nach Hause marschierenden Nationalsozialisten gesehen, worauf diese ihre SA-Truppen zusammenzogen und hinter den Reichsbannerleuten herjagten. In unmittelbarer Nähe des SA-Beiratsungsortes kam es zu einer Schlägerei, bei der es auf allen Seiten teilweise erhebliche Verletzungen gab. Der Nationalsozialist Deder, der gleichzeitig mit Wiffen und im Auftrage der NSDAP Mitglied des freigewerkschaftlichen Holzarbeiterverbandes war, wurde durch einen Wesenlich getötet. In einer anderen Straße wurde ein SA-Mann erheblich mißhandelt und verletzt.

31 Angeklagte, davon zwölf Nationalsozialisten, hatten sich zu verantworten wegen Landfriedensbruchs und Raufhandels. Die siebenstägige Gerichtsverhandlung ergab keinen Beweis für die Angriffsabsichten des Reichsbanners, wohl aber wurde festgestellt, und zwar besonders auch vom Oberstaatsanwalt, daß die Hafentreuer ohne rechtmäßigen Grund von ihrem Nachhauseweg abgewichen und den Reichsbannerleuten gefolgt waren. Unausgesprochen blieb der tödliche Schlag, während die Nationalsozialisten stets von „Reichsbannermord“ redeten. Zwischen dem Nazi-Ver-

teidiger Freisier (bekannt aus dem Kurfürstendam-Broch) und dem Vertreter der SA-Beute, Dr. Kurt Rosenfeld, Berlin, kam es wegen dauernder antisemitischer Räpelleien des Hafentreueranwalts wiederholt zu schweren Zusammenstößen, bei dem der Rechtsvorsitzende dem angegriffenen Dr. Rosenfeld seinen oder mir ungenügenden Schutz verschaffte.

Das Urteil wurde heute abend gefällt: Zwei Reichsbannerleute wurden wegen einfachen Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Raufhandel zu je 6 Monaten, vier SA-Beute wegen derselben Handlungen zu je 4 Monaten Gefängnis, ein Reichsbannermann wegen schwerer Körperverletzung zu zwei Jahren, zwei weitere zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die übrigen Reichsbanner- und SA-Beute sowie sämtliche angeklagten Nationalsozialisten wurden freigesprochen! Die Begründung dieses politischen Tendenzurteils durch den Vorsitzenden Dr. Schminde war eine offene Beschönigung des Vorgehens der Nationalsozialisten, denen in völlig sinnwidriger Weise Notwehr zugelassen wurde, während man das gleiche den Reichsbanner- und den SA-Beuten verweigerte.

Die chinesische Regierung ist zurückgetreten. Marshall Tschiangkaichai hat sich, nachdem er der Eröffnungsfeier der Vollziehung des Atomiums beigewohnt hatte, nach dem Württemberg abgeben und ist mit einem Flugzeug in die Provinz Tschiang abgereist. Die Vorbereitungen zu dem Flug waren geheimgehalten worden.

Abhebung des Hauptstrafleiters des „Irud“. Der Hauptstrafleiter des „Irud“ Wolin ist von seinem Posten entlassen worden, und zwar wegen Veröffentlichungen von „unrichtigen und unkontrollierten“ Angaben über die Arbeit der Industrie. — Der „Irud“ ist bekanntlich das Zentralorgan der Gewerkschaften der Sowjetunion.

Dacheinsturz im Vatikan.

Die Bibliothek schwer beschädigt. — Opfer an Menschenleben?

Rom; 22. Dezember.

In der Vatikanstadt hat sich am Dienstag, bald nach 17 Uhr, ein Einsturzungslück ereignet, dessen Ausmaß infolge der Dunkelheit noch nicht genau festgestellt werden konnte. Das Dach des nördlichen, nach Papst Sixtus benannten Flügels des berühmten Belvederehofes ist plötzlich eingestürzt, und die schwere Masse hat die darunter liegenden Räume der apostolischen Bibliothek beschädigt.

In dem südlichen Flügel (nicht zu verwechseln mit der Sixtinischen Kapelle) weiten sich am Nachmittag zahlreiche Arbeiter, die jedoch während des Einsturzes augenscheinlich zum größten Teil bereits die Arbeitsstätte verlassen hatten. Die anfängliche Befürchtung, daß 4 von den Arbeitern von den herabstürzenden Steinen getötet worden seien, hat sich glücklicherweise nicht bewahrheitet, da die Vermissten sich später wieder einfanden. Da sich in den Nachmittagsstunden in der Bibliothek gewöhnlich auch nur wenige Leser aufhalten, nimmt man an, daß der Einsturz keine Menschenopfer gefordert hat, obgleich eine genaue Feststellung noch nicht möglich war.

Die Nachricht vom dem Unglück wurde sofort dem Papst mitgeteilt. Die gesamten Behörden der Vatikanstadt begaben sich unverzüglich an die Unfallstelle. Eine Abteilung der römischen Feuerwehr ist zur Hilfeleistung herbeigezogen.

Das brennende Schloß.

Bisher 2 Tote und 35 Verletzte.

Stuttgart, 22. Dezember.

Trotz angestrengtester Tätigkeit der Feuerwehr war es bis 7 Uhr abends noch nicht gelungen, des Feuers im Ostflügel des alten Schlosses Herr zu werden. Offene Flammen zeigten sich jetzt an noch an wenigen Stellen des Schlosses; die zunehmende Rauchentwicklung zeigt aber, daß das Feuer immer noch weiterzweht. In dem Südostturm, von dem am Vormittag bereits ein Teil eingestürzt ist, besteht weitere Einsturzgefahr. Die Gesamtzahl der

bei dem Brand gestrigen und heute verletzten Feuerwehrleute beträgt ungefähr 35. Zwei Feuerwehrleute sind leider getötet worden.

Die ganze Aufmerksamkeit der Feuerwehr wendet sich fortan diesem Südostturm zu, der sowohl von der Seite der Markthalle wie von der Seite des Karplatzes aus von mehreren Stahlrohren dauernd unter Wasser gehalten wird. Wenn nicht irgendwelche unvorhergesehenen Umstände eintreten, ist der anstehende Flügel mit der Schloßkirche und dem Landesamt für Denkmalspflege, der durch eine Feuerwand von dem eingestürzten Zwischenstück abgetrennt ist, als gerettet zu betrachten, wenn das Feuer in dem daneben liegenden Trümmerbauwerk erstickt werden kann. Auch im Nordostturm, dem zuerst ausgebrannten Turm, hat sich das Element noch nicht vollständig beruhigt, so daß während der Nacht auch ihm noch erhöhte Beachtung geschenkt werden muß.

Wie man die Toten fand.

Ueber die Verluste an Menschenleben bei dem Einsturzungslück am Alten Schloß konnte bis zwei Uhr folgendes ermittelt werden: Tot ist der Feuerwehrmann Ade, der sich an den Blüherleiter klammerte und mit diesem in die Tiefe gestürzt ist. Er wurde von nachfolgenden Gesteinsmassen zu Tode gequetscht. Die Bergung des verschütteten Feuerwehrmanns Wegel gestaltete sich äußerst aufwendig und schwierig, da die Bergungsmannschaften von dem überhängenden Balkengewirr, Mauerresten und Ziegelhaufen dauernd bedroht wurden und in ständiger Todesgefahr schwebten. Nach längerem Suchen wurde der Verschüttete auf einem Mauerabsatz der eingestürzten Wand auf halber Höhe lebend aufgefunden. Die Leiche war bis zur Unkenntlichkeit zerquetscht. Ihre Abnahme war nur dadurch möglich, daß die Feuerwehrleute, die auf dem bereitzten Mauervorsprung ständig auszugleiten drohten, mit Hilfe von Eispickeln sich heranarbeiteten und den toten Kameraden anstellten. Dies alles geschah einer riesigen Zuschauermenge, die erschüttert die einzelnen Vorgänge verfolgte. Ein weiterer Feuerwehrmann namens Hebele ist in so schwerem Zustand ins Krankenhaus gebracht worden, daß die Ärzte keine Hoffnung mehr haben, ihn am Leben zu erhalten.

Komplizen hatten inzwischen Lebensmittel geraubt und mit der Beute konnten alle entkommen. Die übrigen Ueberfälle trugen sich in der Jörndorfer Straße und Bismarckstraße zu.

Die gesetzliche Miete in Berlin.

Das Zentralwohnungsamt teilt mit: Die durch die Tageszeitungen und den Rundfunk verbreitete Mitteilung, daß in Preußen die gesetzliche Miete mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab 110 Proz. der „reinen Friedensmiete“ betrage, hat die Aussicht aufkommen lassen, daß dieser Satz auch für Berlin gelte. Dies trifft nicht zu. In Berlin betrug die gesetzliche Miete bisher 121 Proz., vom 1. Januar 1932 ab beträgt sie daher 111 Proz., oder, wenn der Mieter die Schönheitsreparaturen übernommen hat, 107 Proz. der „reinen Friedensmiete“. Dazu kommt — wie bisher — die Umlage der Grundvermögenssteuer, die im Regelfalle etwa rund 12½ Proz. beträgt.

Verletzungen eines Genossenschaftsdirektors. Das Vorstandsmittel der „Friedensmiete-Betriebsgenossenschaft in Westermünde“, Direktor Kuhlmann, ist wegen Verletzungen seines Amtes entbunden worden. Es handelt sich dabei um etwa 20 000 M.

Bürgersteuer nicht ermäßigt.

Einkommen von 1930 als Grundlage.

Wir hatten kürzlich darauf hingewiesen, daß die Bürgersteuer als besonders unsozial empfunden wird, weil die Steuerjahre nach dem Einkommen des Jahres 1930 errechnet worden sind. Dazu teilt jetzt der Städtische Nachrichtendienst mit:

In den letzten Tagen sind bei den Bezirksämtern viele Einsprüche, Ermäßigungsanträge und Stundungsgesuche wegen der Bürgersteuer eingegangen. Sie werden vornehmlich damit begründet, daß sich das Einkommen des Jahres 1932, in dem der weitest aus größte Teil der Bürgersteuer gezahlt wird, gegenüber demjenigen des Jahres 1930, nach dem die Steuer veranlagt ist, vermindert habe. Sie wünschen deswegen Herabsetzung der Steuer auf einen dem jetzigen Einkommen entsprechenden Steuerbetrag. Nach den zwingenden gesetzlichen Bestimmungen muß jedoch der Veranlagung das Einkommen des Jahres 1930 zugrundegelegt werden. Billigkeitserlaß ist wegen des besonderen Charakters der Steuer nicht vorgesehen. Dennoch müssen alle Anträge dieser Art abgelehnt werden. Im Interesse der Steuerpflichtigen wird auf pünktliche Zahlung der Steuer hingewiesen, da andernfalls die hohen Verzugszinsen erhoben werden müssen.

Raubüberfall auf Darlehnskasse.

Ein Täter gefaßt, zwei entkommen.

Biesenthal, 22. Dezember.

Auf die Spar- und Darlehnskasse in Biesenthal E. G. wurde heute vormittag ein Raubüberfall verübt. Drei Personen, die bereits bei früherer Gelegenheit in auffälliger Weise sich in den Kassenräumen nach Kreditbedingungen erkundigt hatten, betreten den Kassenraum, um abermals Erkundigungen einzuziehen. Nach kurzem Frage- und Antwortspiel mit dem Rentanten Schulz hielten sie diesem plötzlich einen Revolver vor den Kopf und verletzten, alles Geld, das herumlag, an sich zu reißen. Der Rentant rief laut um Hilfe. Als sofort einige Leute aus dem Hause herbeieilten, ergriffen die Räuber die Flucht. Einer wurde gefaßt und zur Polizeiwache gebracht. Der Mann gab an, er heiße Weh und wohne in Berlin, weiter behauptete er, daß einer seiner Mitläufer in einer Siedlung bei Bernau wohne, während er den dritten nicht nennen wollte. Der Rentant hat einige leichte Verletzungen davongetragen.

Erdbeben auf der Schwäbischen Alb.

Stuttgart, 22. Dezember.

Die Erdbebenwarten Stuttgart, Hohenheim und Ravensberg registrierten heute früh um 3.48 Uhr ein Raubbeben, dessen Herd auf der Schwäbischen Alb in der Gegend von Ebingen liegen dürfte. Schaden ist kaum entstanden.

Vollstücken-Essen billiger.

Wie der Städtische Nachrichtendienst mitteilt, zahlen alle Bedürftigen, die in dem Besitz von Eisenkarten sind, die zur Teilnahme an den Spaltungen in einer Vollstücken-Essen berechnen, vom 1. Januar 1932 ab nur 15 Pfennig für die Essenportion anstatt bisher 20 Pfennig.

Frischfleischverbilligung für Hilfsbedürftige.

Die Reichsbezugscheine für das verbilligte Fleisch sind nunmehr an die vom Reich bezahlten Kreise der Hilfsbedürftigen ausgegeben worden. Die Scheine können von jeder Fleischverkaufsstelle in Zahlung genommen werden. Bei Einkauf von einem Pfund frischen Rind- oder Schweinefleisches ist von dem Verkäufer ein Wochenabschnitt abzutrennen und mit 30 Pf. auf den Verkaufspreis anzurechnen.

Ladenräuber schießen.

Wieder Ueberfälle auf Lebensmittelgeschäfte. — Schüsse auf Verfolger.

In den gestrigen Abendstunden drangen an vier verschiedenen Stellen der Stadt Burtschen in Lebensmittelgeschäfte ein und raubten Lebensmittel. In zwei Fällen machten die Eindringlinge von der Schusswaffe Gebrauch. Währenddessen wurde niemand verletzt.

In der Völkeringasse erschienen in dem Geschäft von H. ein sechs bis acht Männer, die von dem Geschäftsinhaber mit porzellaner Pistole die Herausgabe der Kasse forderten. Es gelang den Tätern auch, einen Teil des Geldes an sich zu bringen. Dann ergriffen sie die Flucht. Als mehrere Passanten ihre Verfolgung aufnahmen, gaben die Flüchtenden mehrere Schüsse ab, um die Verfolger zurückzuschrecken. — Ein ähnlicher Vorfall spielte sich in der Holländerstraße in Reinickendorf ab. Dort stürmten vier Mann in das Buttergeschäft von Sch. ein und forderten den allein anwesenden Ladenbesitzer mit gezogenen Pistolen auf, die Hände hochzuheben. Als der Mann seinerseits eine Waffe zog, feuerte einer der Burtschen einen Schuß ab, der aber fehlging. Die



„Big Ben“! Germaine freute sich wie ein Kind. „Ich habe von ihr gelesen, und in der Schule erzählte uns vor vielen Jahren einmal ein Lehrer von ihr. Aber das muß man alles selbst sehen und hören, sonst hat man doch keinen richtigen Begriff!“

Die breite Uferstraße, die an der Themse entlang in die ehemalige Vorstadt Chelsea führte, war schattig und kühl. Eine feuchte, milde Lust wehte vom Fluß herauf.

In der Nähe einer Brücke blieb Germaine stehen und deutete auf ein großes Gebäude. „Das ist Crosby Hall“ sagte sie. „Ich kenne es wieder nach den Photos, die man mir geschickt hat.“

Wie einheitlich das Gebäude wirkt, obwohl es ganz verschiedenen Bauperioden angehört. Wie dieser ganz moderne Mittelbau und der Weißflügel sich dem Tudorstil des alten Gebäudes anpassen — es interessiert mich sehr, dieses Heim zu besichtigen“, erwiderte ihr Begleiter.

Durch eine eisenbeschlagene Tür betraten sie das Innere. Germaine führte Reiner in die Gesellschaftsräume des Erdgeschosses.

„Leser- und Musikzimmer“, sagte sie. „Ist es nicht gemütlich eingerichtet? Machen Sie es sich bequem — ich komme sofort, ich will nur rasch meinen Koffer hinaufbringen lassen.“

Nach wenigen Augenblicken trat sie wieder ein. „Ich habe mir die Bibliothek betrachtet — ich bin erstaunt, wie viele Sprachen hier vertreten sind“, sagte Reiner. Germaine lachte. „Ja, wir sind auch eine Internationale — die gibt es nicht nur in Ihrer Partei. Und es ist ja der Zweck dieses Heims, daß es eben ein internationaler Sammelplatz für Frauen sein soll.“

„Für akademisch gebildete Frauen“, sagte Reiner etwas betont hinzu. „Ja ja, und das empfinden Sie wohl als Schranke, als bürgerliche Fuge. Aber leben Sie, unsere gemeinsame Vorbildung, unsere gemeinsamen Interessen sind eben eine gemeinsame feste Grundlage, auf der man sich begegnet. Auf dieser

Grundlage kann man diskutieren, sich aussprechen, ohne Vorurteile. Und diese Grundlage ist etwas Gemeinsames, das die Engländerin mit der Deutschen, die Australierin mit der Indianerin verbindet — das ist schon sehr viel, nachdem wir uns vier Jahre angepöbelnt haben.“

„Das klingt ja fast pazifistisch“, entgegnete Reiner lächelnd. „Wissen Sie das bloß nicht in Ihrer Heimatstadt Ihre Freunde hören.“

In Germaines Gesicht prägte sich ein herber, abweisender Zug aus. „Ich weiß nicht, ob ich pazifistisch gesonnen bin, Herr Reiner“, sagte sie kälter, als es sonst ihre Art war, „aber ich habe meiner Umgebung gegenüber niemals ein Hehl aus meiner Einstellung gemacht. Zwar lernte ich niemals Friedensorganisationen oder Parteien irgendwelcher Art kennen. Zu Hause hatte ich keine Gelegenheit dazu. Aber das weiß ich, daß ich den Krieg aus tiefstem Herzen verabscheue, daß ich meine Stellung, alles, was ich besitze, mein Leben dafür hingeben würde, wenn ich dadurch verhindern könnte, daß jemals wieder ein Krieg geführt wird. Ich habe auch während dieser vier Jahre, die ich hier hinter uns liegen, niemals meine Anschauung verheimlicht. Aber das ist kein Verdienst“, fügte sie rasch hinzu, „sondern das verdanke ich meinem Vater. — Aber nun will ich Ihnen auch das obere Stockwerk zeigen.“

Schweigend gingen sie nebeneinander die Treppe hinauf. Germaine öffnete einige Räume und ließ ihn eintreten. „Das sind alles Geschenke von frauenfreundlichen Organisationen oder von Freunden der Frauenbildung. Sehen Sie diese entzückenden Ruffbaummöbel — ein richtiges Biedermeier-Zimmer, und hier“, sie öffnete eine andere Tür, „dieses Zimmer mit den kostbaren alten Möbeln hat die Königin von Norwegen gestiftet.“ — Reiner schweig.

„Gefällt es Ihnen denn nicht hier?“ fragte Germaine erstaut.

Reiner warf einen raschen Blick aus dem Fenster. Unten strömte die Themse vorüber. Die weiten, grünen Rasenflächen des Battersea Parks leuchteten herauf, der Duft blühender Sträucher und Blumen lag in der Luft. Und unabsehbar weit dehnte sich Englands Hauptstadt. —

„Es ist wundervoll, hier zu stehen“, sagte er, „und wenn am Abend Licht auf Licht aufsammt, wenn beleuchtete Schiffe und Boote den Fluß durchkreuzen, wenn diese ganze Millionenstadt im Glanz von Millionen von Glühbirnen leuchtet — das muß märchenhaft schön sein.“

„Gern“, sagte Germaine, „und doch möchten Sie hier nicht wohnen“, sagte sie.

„Hier wohnen — ich möchte überhaupt nicht in London wohnen, nirgends im Ausland. Ich möchte nur manchmal ins Ausland fahren, um nicht eng und begrenzt zu werden, um meinen Horizont immer wieder so weit als möglich zu machen. Aber ich bin Deutscher und noch dazu Norddeutscher — da oben im Norden der märkische Sand, die Heide und die Seen — da geht mir das Herz auf. Sehen Sie, ich liebe England, ich liebe Frankreich und Italien, ich liebe die ganze Welt, ich achte jedes Land, ich habe überall Freunde, die eins mit mir sind in ihren Zielen — aber leben, schaffen, wirken kann ich nur in Deutschland, auf dem Boden der deutschen Kultur, in deutscher Sprache. Und weil ich meine Heimat so liebe, darum habe ich auch Verständnis für meine Freunde, und sie haben Verständnis für mich. Es ist ein Schwimmen hinüber und herüber, jeder in seinem Land. Nur unser Ziel ist das große Gemeinsame.“

„Germaine sah zu Boden.“ „Sie weisen mir aus“, sagte sie, „und doch hat mir Ihre Antwort eine neue große Uebererraschung gebracht. Ich wußte nicht, daß ein Sozialist seine Heimat so liebt — ich dachte bisher immer, ein Sozialist dürfe überhaupt kein Vaterland haben.“ — die Partei verbiete das, so habe ich einmal gelesen. — Aber davon möchte ich jetzt nicht sprechen. Viel lieber möchte ich wissen, was Ihnen hier nicht gefällt, denn es ist doch irgend etwas... das fühle ich doch...“

„Mit einem freien, offenen Blick sah er ihr in die Augen.“ „Ja, Fräulein Loriot“, sagte er, „so ist es auch. Aber ich wollte nicht darüber sprechen, denn das hat keinen Zweck. Es sind eben zwei Welten —. Was Sie mir hier zeigen, ja, das ist wunderschön, es ist künstlerisch interessant, es ist ein ästhetischer Genuß —. Aber es ist Luxus. Es ist eine andere Welt. Für Sie ist das alles nichts Besonderes, Sie nehmen das einfach so hin, als sei selbstverständlich, daß Sie in einer solchen Umgebung wohnen. Und doch gehören auch Sie nicht in allem dieser Welt an, aus der Sie kommen, in der Sie bisher gelebt haben — das ist für mich das fast Unbegreifliche. Aus vielen Ihrer Antworten merke ich das, in Ihren Ansichten über eine neuzeitliche Erziehung, über die Aufgaben der Frau und vorhin wieder in Ihrer leidenschaftlichen Ablehnung des Krieges. Darin denken Sie vollkommen sozialistisch, obwohl Sie sich niemals mit Politik beschäftigt haben. Das andere aber, das hier“, er umfaßte mit einer Handbewegung den Raum, „das trennt uns eben. Das hier ist Ihre Welt oder wenigstens ein Teil Ihrer Welt. Mein Leben aber beginnt dort drüben.“

(Fortsetzung folgt)

Berlins Jugendwandererheim.

Junge Menschen sollen nicht mehr ins Asyl.

Die Stadt Berlin hat ein Jugendwandererheim in Charlottenburg, Sophie-Charlotte-Str. 113, eröffnet. Von diesem Tage an werden Minderjährige im Obdach Fröbelstraße nicht mehr aufgenommen.

Für das Jugendwandererheim wurden in dem bisher freistehenden Obdach des Bezirksamts Charlottenburg 160 Plätze für männliche Jugendliche eingerichtet; außerdem sind noch etwa 30 bis 40 Plätze vorgesehen. Als Jugendliche gelten alle Minderjährigen zwischen 14 und 21 Jahren. Das neue Jugendwandererheim untersteht dem Bezirks-Jugend- und Wohlfahrtsamt Charlottenburg.

Das Heim soll alle obdachlosen Jugendlichen für ganz Berlin beherbergen und sie fürsorgerisch bis zu ihrer anderweitigen Unterbringung betreuen. Die aus Berlin stammenden Jugendlichen, die in dem Charlottenburger Heim Aufnahme gefunden haben, sollen von den Bezirks-Wohlfahrts- und Jugendämtern so schnell wie möglich in der Familie oder in Heimen untergebracht werden. Die städtische Wohlfahrtsstelle im Polizeipräsidium bleibt weiter als Dienststelle des Landes-Wohlfahrts- und Jugendamtes bestehen. Zu ihren Aufgaben gehört vor allem die vorübergehende Betreuung der durch das Polizeipräsidium, das Jugendgericht, die Fürsorgeziehungsbehörde und die Bezirksämter zur vorläufigen Bewahrung überwiesenen jugendlichen Kriminellen und Schutzhäftlinge.

Schnee auf allen deutschen Bergen!

Harter Frost im Allgäu.

Nach den neuesten vorliegenden Wettermeldungen haben alle deutschen Winterportgebiete jetzt durchweg gute Schneeverhältnisse. In Süddeutschland herrscht zur Zeit starke Kälte. Bei minus 8 bis 15 Grad und 25 bis 35 Zentimeter Schnee im Tal und bis zu 2 Meter in den höheren Lagen (Schneeferner an der Zugspitze) sind die Sportverhältnisse in Oberbayern ausgezeichnet. Der Schwarzwald hat bis zu 40 Zentimeter Schnee. In den schlesischen Bergen liegt der Schnee auf den Rängen bis zu 80 Zentimeter hoch; die Täler messen 10 bis 25 Zentimeter Schnee. Auch das Erzgebirge und das Vogtland, Harz und Thüringen messen gute Sportverhältnisse bei einer Schneedecke von 20 bis 50 Zentimeter.

Pfosten (Allgäu), 22. Dezember.

Die Temperatur in Pfosten-Ried und in Pfosten-Steinach ist bis auf 25 Grad bzw. 30 Grad unter Null gesunken. Die Fische kommen bereits zu den Futterplätzen ins Tal.

Arbeiter vom Gerüst gestürzt. Am Dienstagvormittag ereignete sich in Treptow auf einem Neubau an der Ecke der Neuen Krug- und Eichbushalle ein Bauunfall. Der 44 Jahre alte Bauarbeiter Paul Domsch aus der Bergstr. 142 in Reutlingen war auf dem Baugerüst in Höhe der zweiten Etage damit beschäftigt, den dort liegenden Schnee herunterzufegen. Er rutschte bei dieser Arbeit aus und stürzte herab. Mit sich waren in seinen Verletzungen mußte der verunglückte Bauarbeiter im Krankenhaus Aufnahme finden.

In der Untergrundbahn liegen geblieben. Am Sonnabend morgen gegen 9 Uhr wurde in Untergrundbahnzug Richtung Warschauer Brücke ein kleiner Stadtkoffer stehen gelassen, in dem sich einige für den Berliner als Auktionsgegenstände besonders wertvolle Gegenstände befinden. Der Finder wird gebeten, wenigstens das Schlüsselbund sowie die anderen Schlüssel zurückzugeben, eventuell anonym. Finderlohn sowie Kostenerstattung werden zugesichert. Die Adresse ist mehrere Male im Koffer vorhanden.

Erneuerung der Bleiben- und Führerausweise. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, macht der Reichsverband für deutsche Jugendherbergen daraus aufmerksam, daß mit Jahreschluss die D.H.-Mitgliedskarten, Bleibenausweise und Führerausweise ungültig werden. Es wird empfohlen, diese Ausweise rechtzeitig zu erneuern und nicht erst zu warten, bis die nächste Wanderversammlung angetreten wird. — Das neue Reichsherbergsverzeichnis erscheint zum 1. Februar 1932.

Welche Lust, Student zu sein.

Werkstudent und Monokelstudent. — Korporationskitsch lebt noch.

Ein Werkstudent schreibt uns:

Ein Momentbild vom Klassenhalter eines Hochschulsekretariats: Das Semester hat begonnen und das Studiengeld muß bezahlt werden. Ein Student zum anderen: „Na, Hans, da hast du ja wieder mal Schwein gehabt mit deiner Arbeitsstelle während der Ferien!“ „Ja“, lacht Hans, „sonst wäre es wohl auch Eßig gewesen mit dem Weiterstudieren, mein Lieber!“ Dann bezahlen sie beide. Jeder zahlt die Hälfte seines Studiengeldes und außer ihnen viele andere auch, die dankbar diese Möglichkeit der Ratenzahlung ausnutzen. Den Rest nach zwei Monaten. Bis dahin hat man es sich vielleicht schon verdient. Vielleicht!

Arbeit suchen ist nicht schwer, Arbeit finden aber sehr! Und da ist es dann schon ganz gleich, was für Arbeit man findet, wenn man überhaupt welche findet. Nachhilfestunden geben ist das Mindeste, das tun auch die meisten. Viele verdienen sich als Jazzmusiker ein paar Mark, doch auch nur gelegentlich, denn der Musiker-Verband geht im Interesse seiner Mitglieder mit großer Schärfe gegen alle „Amateurmusiker“ vor. Daß unter den Tagelohnern viele Studenten zu finden sind, weiß man ja. Oder machen Sie einmal einen kleinen Bummel durch die Berliner Nachtlokale (es soll ja immer noch Leute geben, die sich gelegentlich amüsieren können) und sehen Sie sich die Zigarettenverkäufer, Aushilfskellner, Garderobenhilfen und Eintäger etwas näher an. Auch unter ihnen findet sich ja mancher Studierende.

Mancher Werkstudent hat das große Glück, daß ihm die Arbeit, die er bezahlt bekommt, noch außerdem als Praktikum auf die Studienzeit angerechnet wird. Was allerdings höchst selten vorkommt. Die meisten zukünftigen Diplom-Ingenieure, Diplom-Kaufleute, Architekten und Chemiker müssen ihre Praxis als Praktikant abarbeiten, und selbst da ist es schwer, aufgenommen zu werden. Wie viele Lust, Student zu sein.

Vom Begräbnisfänger zum Privatchauffeur.

Zusammen mit der Entwicklung und Ausbreitung des Werkstudententums ist eine Organisation gemacht, der sich später alle ehemaligen Werkstudenten mit Dankbarkeit erinnern. In Berlin ist es das Berliner Studententum, das kurz nach dem Krieg entstand und es sich zur Aufgabe gemacht hat, alle nollebenden Studenten und Studentinnen so weit wie möglich zu unterstützen. Da gibt es billige Mittagstische, sogar Freitische für

besonders Bedürftige; man kann sich für ganz wenig Geld seine Schuhe besohlen, seine Kleidung anfertigen lassen, neuerdings ist eine Arbeitsvermittlung geschaffen worden, die Stellen aller Art vermittelt; leider ist die Nachfrage hier so groß und das Stellenangebot so gering, daß bei der Verteilung das Los entscheiden muß. Hier kann der Student alles werden, wenn er Glück hat und einmal das „große Los“ zieht: Vom Begräbnisfänger bis zum Privatchauffeur, vom Fremdenführer bis zum Elektromonteur.

Das Studententum gibt auch denen, die gerade besonders in der Klemme liegen, einmal ein langfristiges Darlehen und kann das mit ruhigem Gewissen tun, denn die Statistik sagt, daß bisher von allen ausgegebenen Darlehen 98 Prozent zurückgezahlt wurden. Hoffentlich behält in Zukunft diese Quote ihre erfreuliche Höhe. Man hätte wirklich allen Grund, bei den wenig erfreulichen Aussichten, nach dem Schulverlassen auch Arbeit zu finden, skeptisch zu werden. Hier nur ein Beispiel von vielen: Schon jetzt warten in Deutschland circa 3000 Jungärzte und -ärztinnen auf ihre Zulassung zur Kassenspraxis. Die Privatpraxis allein kann heute keinen Arzt mehr seine Existenz sichern. Bei den Juristen sieht es nicht viel anders aus und die Studierenden der übrigen Fakultäten gehen einer ebenso ungewissen Zukunft entgegen. Mit Ausnahme der Theologen. Ja, ja, die Welt wird frommer mit jedem Tag!

Und trotzdem nimmt die Zahl der Studierenden jedes Jahr zu. Worauf ist das wohl zurückzuführen? Auf den Optimismus der Jugend, daß es ja doch nicht immer so weitergehen kann, daß diese Kräfte der Wirtschaft einmal ein Ende haben muß? Zum Teil sicherlich, aber zum guten Teil wohl auch noch aus der Furcht heraus, nun gleich nach Verlassen der Schule arbeitslos zu werden. Wenn man nicht Handwerker werden oder zum Kaufmann in die Lehre gehen will, dann geht man eben an die Universität.

Komisch mußt dem ernsthaft an seinem Studium Arbeitenden der Betrieb an, der sich trotz Revolution, trotz politischer Umwälzung, trotz äußerster Not in Deutschland immer noch bei den konservativen Teilen der Studentenschaft erhalten hat: dieser ganz mittelalterliche Korporationszauber, dieses Alt-Heidelberg-Kitschmilieu mit Säbetrassen und Verleibschwingen der Monokelstudenten! Wie anders das Studentenleben der Jungen, die neben dem Arbeiter an der Maschine gestanden haben und gelernt haben, in ihm den gleichberechtigten Mitmenschen zu achten und zu schätzen.

Arbeitshände schenken.

Unsere Weihnachtsfeiern für Arbeitslose / Lichterglanz im Altersheim

Überall in den zwanzig Kreisen der Berliner Sozialdemokratie und in den Kreisen des Reichsbanners werden in diesen Tagen Weihnachtsfeiern für die arbeitslosen Genossen und Kameraden veranstaltet. Männer, Frauen, Junge und Alte und die Kinder werden besorgt. Ohne großes Pathos zeigt sich hier die wahre Nächstenliebe, die noch immer ihre beste Heimstätte in den Häfen der Armen hatte. Eine sehr eindrucksvolle künstlerische Feierstunde für die erwerbslosen Parteimitglieder veranstaltete der größte Berliner Kreis Prenzlauer Berg gestern im Altersheim in der Danziger Straße.

Mehr als 250 Leute waren zusammengekommen und lauschten andächtig und still einer entrückenden, befreienden Kammermusik, die durch die Genossen Poll und Rauch wirkungsvoll zu Gehör gebracht, den großen Raum erfüllte. Die Ansprache hielt Landtagsabgeordneter Otto Meier. Er legte einleitend ausführlich dar, wie die christliche Kirche den Mythos der Alten in ihre Symbolik übernommen hat. 2000 Jahre sind über die Welt dahingebraust, seit das „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ verkündet wurde. Die christliche Kirche hat der Menschheit die Erfüllung dieser Forderung nicht gebracht. In einer Zeit, da die ganze Welt noch an den Folgen jener furchtbaren Tragödie des Weltkrieges krankt, der uns Millionen von Toten und ein Meer von Tränen brachte, müssen wir sehen, daß Kräfte an Macht gewinnen, die neues Elend und neues Massensterben über die Welt bringen wollen. Trotz aller Not, die das Verjagen des Kapitalismus, das Nichtausgehen der großen Rechnung der Weltwirtschaft mit sich bringt, verzagen wir nicht, weil wir die Gewißheit haben, daß die Frage des Sozialismus gelöst werden muß, soll nicht die Welt untergehen. In jedem von uns schlummert ein Erlöser, der berufen ist, mitzuwirken an der Befreiung der Menschheit. Wir verkünden das neue Evangelium, unser Evangelium, das herausführt aus Massenmord und Lohnsklaverei, aus Unfreiheit und Wirtschaftschmerz. Das ist das Evangelium des Sozialismus. Reicher Beifall dankte dem Sprecher.

Den Erschienenen wurde Kaffee und Kuchen gereicht und der emsige Genosse Krüger, dem für die schöne Feier zu danken war, hatte es fertig gebracht, soviel Kuchen zusammenzubringen, daß ein jeder einen schönen Weihnachtsstollen noch mit nach Hause nehmen konnte. Zum Abschluß der Feierstunde marschierte die „Rote Rotte“ auf, neun frische, junge Menschen, die mit ihren Vorträgen zeigten, daß sie mit wachen Augen durch die Welt gehen und mit heißem Herzen an der Seite der Arbeiterkämpfe kämpfen. Ihre ungekünstelte Darstellung führt zu starkem Erleben, wenn sie, wie in der Arbeitslosenzene, dem Leben abgelaufte Tragödien unpathetisch und echt wiedergeben.

Alle Augen leuchten auf.

Im Saalbau Friedrichshain hat das Wohlfahrtsamt Prenzlauer Berg auch in diesem Jahr wieder seine Klein- und Sozialrentner zu einer Weihnachtsfeier eingeladen.

Über 900 Gäste sind erschienen, sie sitzen mit frohen Gesichtern an den langen, festlich gedeckten Tischen und sind unendlich dankbar, daß man sie an diesem einen Tag im Jahr ihren trüben Gedanken, ihrer trostlosen Einsamkeit entzieht. Ungemein herzlich ist hier das Verhältnis zwischen Bezirksamt und seinen Schützlingen. „Ich habe Nachricht von meinem Sohn, Gott sei Dank“, kichert eben ein altes Mütterchen mit freudestrahlenden Augen dem Obmann der Wohlfahrtskommission zu, und an einer anderen Tischdecke spricht ein Beamter einem traurig den Kopf schüttelnden, vergrämt aussehenden Mann beruhigende Trostesworte zu; das ist viel für die Alten, mehr noch als die gute, reichliche Abendtafel und das nette, nahehafte Pächchen, das ein jeder mit auf den Heimweg bekommt. Mit schönen, tief empfundenen Worten begrüßt Stadttrat Genosse Rosemann die Anwesenden, er spricht von der Schwere der Zeit, die

in die Weihnachtsstimmung so viel Bitternis bringt, und er fordert auf, zusammenzuhalten und zusammen zu kämpfen gegen alle, die mit hohlen Phrasen und verantwortungsloser Hege verzweifelte, ratlose Menschen in noch größeres Elend stürzen wollen. Dann rollt ein hübsches, reichhaltiges Festprogramm auf der Bühne ab, Musik- und Tanzvorführungen werden geboten, der Erdfache Jugendchor bringt stimmungsvolle Volks- und Weihnachtslieder und der Finkenchor Randolinenchor spielt mit Schmitz und straffem Rhythmus Musikstücke von Linde und Holzmann. Mit bewegten Worten und zitternder Stimme überreicht eine alte Dame im Namen aller dem Festredner einen Blumenstrauß, und ein Acht- und sechzigjähriger wünscht all denen ein schönes Fest, die mitgeholfen haben, ihnen diese frohen Stunden zu bereiten...

Der Schupoweihnachtsmann ist da.

In der Polizeiuferkunt West, wo in diesem Winter 40 Kinder Erwerbsloser von ersparten Rationen der Berechtigtenbeamten täglich Mittagessen erhalten, herrschte frohes Treiben. Der Schupoweihnachtsmann hat die Kleinen nicht vergessen. Mit ihren Angehörigen füllten sie den großen Raum des früheren Offizierskasinos, wo allen Kaffee und Kuchen gereicht wurde. Die Kapelle der Musikvereinigung West der Schupo spielte dazu auf. Jedes Kind erhielt ein praktisches Geschenk an Winter Sachen, die zum großen Teil auch vom Vetterverein gesammelt worden waren. Oberst Weibel dankte allen Kameraden, vor allem dem Gau Groß-Berlin des Verbandes preussischer Schupopolizeibeamten und den Helfern aus dem Publikum. Die Schupopolizei hatte sich, wie Oberwachmeister Riecke mit Fug und Recht feststellen konnte, auch zur Weihnachtszeit als Helfer der Kinder erwiesen. Ein menschlich schöner Zug unserer Schupo, diese Bescherung von Proletariatskindern!

Der „Sturmvogel“ als Weihnachtsmann.

Einen bemerkenswerten Beweis proletarischer Solidarität lieferte die Ortsgruppe Prenzlauer Berg des „Sturmvogel“ in einer von der Gruppe veranstalteten Weihnachtsbescherung armer Kinder. Trotdem die große Mehrheit der Mitglieder selbst arbeitslos ist, hat die Gruppe am Sonntag eine Anzahl von Jugendamt Prenzlauer Berg benannte arme Kinder zu Weihnachten besorgt. In die schönen Wollhosen, Kleidungsstücke, Spielsachen und die reichen bunten Teller liehen die Augen der Kinder in heller Freude erglänzen. Bravo „Sturmvogel“!

Der Bund für Kunstszene, Gruppe Berlin, E. V., veranstaltete gemeinsam mit dem Bezirksamt Wedding eine Kunstausstellung für Schule und Volk (Thema: Mensch und Arbeit) im Rathaus Wedding. Das lebhafteste Interesse der Lehrer und Eltern zeigte sich in dem sehr starken Besuch. In 14 Tagen wurden in der Ausstellung stundenlangemäßig 56 Klassen mit 1995 Kindern unterrichtet. Außerdem besuchten 14716 Einzelpersonen die Ausstellung, 142 Mitglieder von Körperschaften wurden in Gruppen geführt. Die Gesamtzahl der Besucher betrug 16 533. Der Bund und das Volksbildungsamt sorgten dafür, daß während der ganzen Ausstellungsdauer Künstler und Pädagogen zur Einführung der Besucher anwesend waren. Die Kunstdeputation der Stadt Berlin kaufte drei Werke aus der Ausstellung.

Allgemeine Wetterlage.



Fast in ganz Deutschland bestand am Dienstag trübes Wetter mit schwacher Luftbewegung und Temperaturen nahe dem Gefrierpunkt. Nur im Nordosten und Südwesten des Reiches war der Himmel stellenweise heiter. Rennenswerte Niederschläge kamen nirgends vor. — Das europäische Hoch, das zur Zeit unser Wetter bestimmt, hat sich gestern noch etwas gekräftigt; in seinem Kerngebiet zeigt jetzt das Barometer 780 Millimeter Quecksilber. Ueber Skandinavien geht zur Zeit anhaltender mäßiger Druckfall vor sich. Eine wesentliche Veränderung der Luftdruckverteilung dürfte damit jedoch zunächst nicht verbunden sein. Für Mittwoch müssen wir daher mit Fortdauer des herrschenden Witterungscharakters rechnen. Für Donnerstag ist dann mit der Schwächungsverlagerung des Hochs allmähliche Milderung wahrscheinlich.

Wetterausichten für Berlin: Weiterhin bedeckter Himmel, Temperaturen nahe Null, schwache Luftbewegung, keine nennenswerten Niederschläge. — Für Deutschland: Ueberall Fortdauer des herrschenden Witterungscharakters.

Gegen Schnüpfen hilft Forman
Für 60 g in Apotheken und Drogerien.

H. R. Neubert: Der unbekannte Leser

Der Arbeitslose holt sich ein Buch aus der Leihbibliothek. Andere gehen in die Eckneipe, ins Kino, auf den Kummel, er geht in die Leihbibliothek und sucht sich ein neues Buch aus. Lange sucht er. Sittengeschichten, Reisebücher, Liebesromane gehen durch seine Hände. Wie in großen Warenhäusern Bürgerfrauen in Stoffen und Tüchern wählen, suchen, um für den Preis etwas Brauchbares einzuhändigen, wählt er, noch unschlüssig, für zwei Groschen Leihgebühr in Schlafsalen. Alle sind ihm hier erreichbar, alle kann er mit- und nachleben. Aufstieg, Untergang, Sünde, Erfolg, Glück.

Ein Titel schreit ihn an. „Dieses hier!“ sagt er dann plötzlich. Er hat schon viele Bücher gelesen, gute und schlechte. Seine Augen haben einen seltsamen Glanz davon, eine unruhige Welle. Früher, als er sich noch über die Hobbelsbank beugte, waren seine Augen heller, sein Lächeln fröhlicher, unbekümmerter. Aber damals hat er auch keine Bücher gelesen. Wenn er aus der Fabrik heimkam, war er müde. Und nach dem Abendessen ging es noch wohin. Vielleicht nahm er sich Sonntag mal, wenn es draußen regnete, irgendein Buch vor, aber dann kamen andere Freunde und man spielte einen Skat. Sein Verhältnis zum Buch war wie das eines Reisenden, der immer unterwegs ist, zu irgendeinem Mädchen in einer fremden Stadt. Wenn er gerade mal durchkam, besuchte er sie. Eine feste Liebe war es nicht. Dazu gab es zuviel Ber-eine, Billardtische, Statbrüder, Mädchen und — Arbeit.

Aber wie aus einem ursprünglich losen Verhältnis allmählich eine feste, unerblickliche Bindung erwächst, erschloß sich ihm das Buch immer mehr als eine besondere Welt. Er durchstreifte sie, nicht mehr flüchtig wie ein gehehelter Reisender von Ort zu Ort, er machte lange Stationen und lernte ihre Gebirge und Täler, ihre Himmel und Meere kennen. Seine Hobbelsbank war verwaist. Viele Hobbelsbänke waren verwaist. Die Fabrikstreifen wickten ihn nicht mehr morgens rüh. Aber es gab auch keinen Jahrtag mehr. Dann ging man stempeln, wie Hunderte in der Fabrik, wie Tausende in der Straße, wie Millionen in der Welt. Dann sah man in den Warteräumen der Arbeitsämter und Wohlfahrtsstellen. Und auf diesem Wege, an Anzeigen, Versammlungen, verschlossenen Fabrik-toren vorbei, machte er die Bekanntschaft mit dem Buch.

Der Mann in der Leihbibliothek kennt ihn genau. Als er das erstmal zu ihm kam, war er verlegen, wußte nicht recht, für welches Buch er sich entscheiden sollte. Jetzt hat er schon viele Bücher gelesen, gute und schlechte. Die literarische Vorbildung fehlt ihm, gewiß, der Vater war ja nur ein armer, schlechtbezahlter Arbeiter, der ihn nur in die Volksschule hatte schicken können — aber er besitzt einen guten Instinkt, und allmählich weiß er zu unterscheiden zwischen guten und schlechten Büchern. Er weiß es mit dem gefunden Instinkt des unverbildeten Menschen. Von guten Büchern läßt er sich impulsiver hinreißen als Küssprechende, Form und Inhalt des Buches analogisierende Intellektuelle. Klug und Schund aber beurteilt er scharfer als zünftige Kritiker. Er liebert, hungert nach elementaren Begegnungen mit Menschen, die zwar hier nur im Buch leben, aber reden, handeln, leiden, fühlen wie er. Menschen, menschlicher als die Umwelt, näher, vertrauter, aufgeschlossener durch die Kunst des Dichters. Er ist dankbar, wenn aus dem Buch der Atem des großen, drängenden Lebens ihn anweht, wenn es ihn, der abseits steht, hineinreißt in dieses Leben.

Er will nichts „Leichtes“. Babel er für „leicht“ oft „wertlos“ steht. Er kann nicht schwer genug sein für ihn. Er kann mit einem Satz ringen wie Formner mit glühenden Kesseln. Ein Wort bleibt für ihn stehen, steht wie ein Stern, ein Kometa am Firmament, glüht, strahlt, leuchtet und bricht plötzlich funkenstäubend auseinander.

ander. Er kam mit den Zähnen knirschen, mit der Faust auf den Tisch schlagen, vom Stuhl aufspringen und die Stier am Fenster-glass schlagen. Er kann auch laut aufschreien und ein paar Seiten später — auf seine Art weinen. Seine Art: zwei jage Tränen. Ein Griff zum Kragen, als löse der Binder schlief. Eine innerliche Ansprache: Mensch, du bist doch ein Mann! Und das ist doch bloß ein Buch! Zwei jage Tränen werden verschluckt. . .

Wenn man diesen Leser fragt, kann er gewiß keine literarischen Definitionen geben, aber es genügt, es würde manchem anspruchs-vollen Autor genügen, wenn er vom Buch aussieht und die Augen in eine gezauberte Landschaft richtet oder ganz einfach konstatiert: „So ist es wirklich. So ist es!“ Oder, leiser: „So müßte es sein!“

Manchmal möchte er antworten. Er, der unbekannte Leser, dem großen Dichter. Er hat versucht, Briefe zu schreiben, wirre, klare, dumme, kluge Briefe, wenn er erfüllt war von einem Buch. Aber er hat solche Briefe nie abgeschickt. Entweder wußte er die

Nathan Gurdus: Ehescheidungsprozesse in der Sowjetunion

Im westeuropäischen Sinne gibt es eigentlich gar keine Ehe-scheidungsprozesse in der Sowjetunion. Das Scheiden geht noch leichter als das Heiraten und wird von jedem Volksgenossen, in kleineren Städten sogar vom Postamt, innerhalb fünf Minuten erledigt. Ein kurzer Federstrich des Beamten im Paß und schon ist ein Sowjetbürger verheiratet oder geschieden. Früher konnte man sich monatlich viermal verheiraten und wieder scheiden lassen. Das wurde aber den Sowjetbehörden zuviel. So erließ man neue Bestimmungen, nach denen zwischen Scheidung und neuer Heirat ein halbes Jahr verstreichen muß. Die neuen Verfügungen bestimmen aber auch, daß bei der Scheidungsprozedur wenigstens ein kleiner Scheidungsgrund genannt wird. Das ist aber reine Formsache und noch nie ist eine Scheidung wegen Grundlosigkeit abgelehnt worden. Vor dem Tisch des Polizeibeamten treten die Eheleute, oft auch die Frau allein mit einer Einverständniserklärung des Mannes (inter-essant ist es, daß die Frauen meistens auf Scheidung drängen) und bitten um den Paßvermerk: „geschieden“. Der Beamte fragt kurz: Grund? Meistens hört man dann dieselbe Antwort: Der Mann faßt. Das ist ein sehr großer Scheidungsgrund. Oft aber gibt die Frau oder der Mann zu, daß ihr ein anderer oder ihm eine andere gefällt. Der Beamte nickt und sagt nur: „Nach den neuen Bestimmungen müssen Sie aber ein halbes Jahr bis zur Wiedereheiratur warten.“ Viele Frauen wollen aber auch die Scheidung, weil sie ihren Mann verabscheuen, nicht 100 Prozent Kommunist zu sein. Politische Gründe bei Scheidungen sind besonders ausschlaggebend. Da kommt eine Frau und verlangt Scheidung, weil ihr Mann zu Hause scharfe Kritik an den Sowjets übt. Hier wird die Scheidung nicht nur innerhalb einer halben Minute aus-gesprochen, sondern eine kleine Notiz über den Fall auch der po-litischen Polizei übergeben. Eine andere Frau beschwert sich über die Abstammung ihres Mannes. Sie hatte geglaubt, einen Bolsche-wiken zu heiraten und hat erst jetzt erfahren, daß ihr Mann aus einer Kaufmannsfamilie stammt. Scheidung. — Scheidung sofort. Männer kommen und verlangen geschieden zu werden, weil

ihre Frau schlecht kochte und das ganze Essen verderbe. Da fragt der Polizeibeamte: „Ja, Genosse, können Sie nicht in der Wertskantine essen, sonst haben Sie doch nichts gegen ihre Frau?“ „Nein, meine Frau ist sonst sehr verträglich, aber essen muß ich zu Hause und bis sie kochen lernt, habe ich einen kranken Magen!“

Scheidung. Es tut nicht zur Sache, daß wegen der Wohnungs-not die Geschiedenen doch weiter zusammenleben müssen! Vertagung oder Aufschub von Scheidungen gibt es nicht. Es muß auf alle Fälle geschieden werden, und zwar in drei Minuten. Schuldfrage kennt man auch nicht; wie kommt es also, daß trotzdem die bürger-lichen Sowjetgerichte nichts anderes zu tun haben als Urteile in Scheidungsprozessen zu sprechen? Wie kommt es, daß trotz des schnellen reibungslosen Scheidens jeder dritte Fall doch noch vor das Sowjetgericht kommt?

Viele Prozesse in der Sowjetunion sind keine Scheidungspro-zesse, sondern Prozesse um Alimente! Der Staat macht zwar große Propaganda für Geburtenregelung, aber die wenigsten Sowjetschen bleiben kinderlos. Und wenn geschieden wird, nimmt sich zwar der Staat der Kinder an, aber Alimente müssen bezahlt werden. Daher kommen die vielen Prozesse, in denen immer der Mann Alimente aufgedrückt bekommt. Es ist festgestellt worden, daß 35 Prozent der Moskauer Jungarbeiter Alimente bezahlen müssen, in vielen Städten ist der Prozentsatz noch höher! Bezeichnend ist es, daß auf den Lohnzettel der Sowjetarbeiter gleich vordruckt neben so-zialen Abgaben und Steuer steht: „Abzüge für Alimente“ — und bei den wenigsten ist dieser Posten auf Lohnzettel leer! Oft beweist der Mann, daß das Kind gar nicht von ihm sein kann, wenn aber der richtige Vater nicht aufzutreiben ist, wird er doch zur Zahlung der Alimente verurteilt, denn der Staat braucht Geld. Ein Sowjet-jurist sagte kürzlich: „Unsere Gerichte sind bei Scheidungssachen den USA-Richtern sehr ähnlich — immer hat die Frau und der Staat recht!“

Ein interessanter sowjetischer Fall ist wert, erzählt zu werden. Ein Arbeiterpaar lebte in Moskau in bester Ehe. Nur be-trübte die Leute ihre Kinderlosigkeit. Als der Mann, der sehr kinderliebend war, erfuhr, daß er daran schuld war, bot er seine Frau, von irgend jemandem ein Kind zu bekommen. Wie würde er sie fragen, von wem das Kind wäre; im übrigen wäre alles nur ein Vorurteil und er würde das fremde Kind wie sein eigenes lieben. Die Frau ließ sich überreden und das Kind von einem fremden Mann kam. Zunächst hielt auch der Mann sein Wort, dann aber wurde er eifersüchtig und quälte die Frau, ihm zu sagen, von wem das Kind wäre. Sofort ließ sich die Frau scheiden und klagte auf Alimente. Vor Gericht weigerte sich der Mann Alimente anzuerkennen, da das Kind ja nicht von ihm wäre, gab aber zu, daß es auf seinen Willen gezeugt worden ist.

Der Richter fragte die Frau nach dem Namen des richtigen Vaters. Die Arbeiterfrau aber weigerte sich den Namen zu nennen, da der Vater ihres Kindes in glücklicher Ehe lebe, die sie nicht zer-stören wolle. Das Gericht erkannte diese Gründe an und sagte, daß es auf alle Fälle den Ehemann zur Zahlung der Alimente verur-teilt hätte, weil er seine Frau zu ihrem Schritt bemogen hat; es spielte dabei keine Rolle, ob das Kind von ihm sei. So wurde der Mann zur Zahlung der Alimente für das Kind eines anderen ver-urteilt. Dieses eigentlich doch gerechte Urteil hat in der Sowjet-öffentlichkeit (am meisten unter den Männern) große Aufregung verursacht. Das Urteil wird zwar anerkannt, aber man befürchtet, daß da ein rechtlicher Grundlag durchbrochen wurde. Ein Mann wurde verurteilt, Alimente für ein fremdes Kind zu zahlen. Nur diese Tatsache sehen die von allen Gerichten gescherten Männer der Sowjetunion und erwarten weitere Fortentwicklung der Gerichte in dieser Richtung, denn der Staat braucht Geld!

Die Befürchtungen der Sowjetbürger scheinen wirklich nicht ganz unbegründet, denn gleich nach diesem gerechten Moskauer Ur-teil traf die Nachricht von einem weniger gerechten Urteilsspruch aus Kiew ein. Dort wurde ein Mann zur Zahlung der Alimente für das Kind seiner Frau verurteilt, trotzdem sie zugab, das Kind sei von einem anderen, ihr Mann hätte sie immer allein gelassen und da habe sie andere Gesellschaft gesucht! Schon hatte der Mann für das häufige Ausgehen den Alimentenzug auf der Lohnzettel!

Schnecken prüfen verklebtes Wasser. Ebenso wie Kanarienvögel sehr empfindlich gegen die in den Bergwerken entstehenden Giftgase sind, und daher manchmal als „Luftprüfer“ verwendet werden, reagieren Wasserschnecken sehr schnell auf Verunreinigungen eines Gewässers. Nun sind viele der amerikanischen Mineralgräber während ihrer Arbeit und auf ihren weiten einsamen Wanderungen auf das Wasser, das in Wasserlöchern oder Tümpeln auftritt, angewiesen, doch enthält dieses Wasser krankheitsserregende Bakterien oder giftige Mineralbeimischungen. Um sich also zu vergewissern, ob ein Wasser trinkbar ist oder nicht, nehmen die Leute auf ihren Zügen immer auch Wasserschnecken mit und legen, wenn sie auf zweifelhaftes Wasser treffen, eine Schnecke in ein mit diesem Wasser gefülltes Glas. Bleibt die Schnecke länger als eine halbe Stunde am Leben, so ist dies ein sicherer Beweis, daß das Wasser trinkbar ist.

Das Lachentuch kam zuerst in Venedig auf. Im 16. Jahr-hundert. In der Mitte des 17. Jahrhunderts wurde es in Deutsch-land eingeführt. Damals diente es als Luxusartikel. Mit der Ver-feinerung der Sitten wurde es Gebrauchsgegenstand.

Kahlköpfigkeit kommt in den Städten häufiger vor als auf dem Lande und unter Kopiarbeitern mehr als bei Handarbeitern.

Peter Maggi: Die Armut kauft ein

„Darf es etwas sein?“ fragt die Verkäuferin hinter dem Ladentisch. Erst dreht sie mit dem Schlüssel das Uhrwerk, das dem Elefanten als Eingeweide dient, auf, bis dessen Herz zu schlagen beginnt, die paar Schläge, die nötig sind, um die Beine in Be-wegung zu setzen, zwanzig Schritt lang, einen halben Meter. Sie legt das kleine graue Tier, das noch in dieser Hinsicht etwas von der vormenschlichen Blumpheit an sich hat, auf die Tischplatte, und nun bewegen sich die kleinen Beine, richtig eins nach dem anderen, die dazu dienen, zwischen den lärmenden Militärparaden der tönenden Wochenschauen, für Abwechslungen zu sorgen... uffah!

Wie eine Kinderwärtlerin, die — den Säugling zuliebe — ge-zwungen ist, den ihr anvertrauten Säugling zu quälen, — „na, willst du denn der Tante nicht das hübsche Gedicht auflesen?“ — beachtet sie den faulen Gang des Tieres, das häßlich seine Pflicht erfüllt. Sie schämt sich für das Kind, das vor allem Passanten seine Not verrichten muß. Ohne den Blick zu heben, leiert sie ihre armjelige, einseitige Frage vor sich hin: „Darf es etwas sein?“ So rufen die schattenhaften Zeitungsausrufer, die nichts mehr sind als Stimmen: „Bee-Zeit-am-Wild“, „Das Achudr-Kamdblatt“, „Die Welt am Abend“... Über noch etwas anderes klagt hier mit, eine leise schwingende Bittmelodie: Sie bittet! Ja, sie bittet! Als wäre es ihr Eigenes, das sie gezwungen sind feitzubieten in diesem Warenhaus, bitteln oft diese müden Verkäuferinnen: „Darf es etwas sein?“

Nein, liebes Fräulein, es darf nichts sein. Geben Sie es auf, zu rufen, legen Sie Ihren Elefanten zurück in die Schachtel, ruhen Sie sich aus! Es hat keinen Zweck, es darf nichts sein! Gucken Sie doch mal auf, mein armes Fräulein, haben Sie doch keine Angst. Sie müssen sich nicht schämen mit Ihrem grauen Zwerg, wir sind ja nicht feindliche Käufer rings um Ihren Tisch, — wir sind wie Sie! Haben Sie sich denn einen Elefanten gekauft, richtig für sich, um ihn nach Hause zu tragen, auf die Kommode zu stellen, für Sonntagnachmittag, wenn der Freund kommt oder die Kette von der Wirtin daheim ist? Und wir — was können wir? Wir sind arbeitslos. Wir haben... ja, wir haben Zeit, nichts als Zeit. Und hier ist's warm, Fräulein, hier ist's wie im Kino, zu dem es schon nicht mehr reicht bei uns. Hier leuchten Hunderte von Birnen, hier wimmelt es von Menschen, hier ist Betrieb, Betrieb. Da kommen wir her, seit unferer still liegt. Da leben wir die Pracht des Lebens, den Reichtum, es ist alles so sehr sorglos hier, bei Ihrem Elefanten, mein Fräulein. Aber kaufen? Ausgeschloffen! Wir sind es, Ausgeschloffene, wo wir auch sind. Aber seien Sie uns deshalb nicht böse. Es ist ja für die Kinder, sehen Sie, hier meine Böse, die kann doch nichts dafür...

Sie alle können nichts dafür. Sie drängen sich in den engen Gängen zwischen den Tischen, auf denen der Reichtum aufgebaut liegt, ein Reichtum zu ermäßigten Preisen. Ja, unter den Selbst-fallen — wegen der Konkurrenz, ein Reichtum, an dem man besten-falls zugrunde geht. — Was sind das für Menschen? Die Männer sind durchweg mager, schwächlich, mit tiefen, eingefallenen Augen und Händen, die aus lauten dicken Knuten geknüpft sind. Wie halbweiche Anaben sind sie, trotz der feuchten, blonden Schnur-

bärte, an denen sich die Kälte in glühenden Tropfen festklammert. Es ist der jämmerliche Anblick wider Tiere, die gelähmt und tod-müde an der offenen Käfigtür hocken. Dieses Stillsein ist be-drückend. Aber sie haben ja Zeit, Zeit... Und die Frauen: farblos und unterernährt, — aber die Form ist ihren Körpern geblieben, wie einem verdorrten Eichenstamme, der noch im Tode mächtig aus der Erde ragt. Groß sind sie, um einen Kopf größer als diese Männer, die aus den Fabriken und Büros zurückgekehrt sind wie Kinder aus der Schule, mit schlechten Noten und einem schlechten Gewissen, das einer Mutter Schutz bedarf. Breit sind sie, diese Frauenkörper ohne Nahrung, die den letzten Damm vor dem Untergang bilden für Männer, die keine Männer mehr sind, trotz der Energiefälle, die sie sich aus Autoritätsgründen zu bewahren suchen; für diese Kinder, mit denen sie gesegnet gingen, neun schwere Monate lang, um sie mit dem Blut dieses Lebens zu beladen, noch ehe sie die ersten Worte stammeln konnten. Hart sind die Gesichter, hart die Stimmen, streng und hart ist die Haltung dieser Frauen-Mütter, hart wie Eis ist die Kruste, mit der sie sich umgeben, um die leidende Wärme zu schützen, deren so viele be-dürfen.

Und Kinder sind da. Die Kleinsten, bei denen die neun Monate Mutterwärme noch vorhalten wie ein Wunder, mit roten Backen trotten sie umher, mit großen Augen, die noch glänzen können. Die der größeren sind schon stumpf, lange ruhen die Blicke auf jedem Gegenstand, aber sie erfassen ihn nicht. Draußen ist die Kälte, hier ist es warm. Dahin ist die Armut, hier der Glanz.

Was ist das für ein Glanz? Verlegen verläßt der Vater, dem Kinde dies und jenes zu erklären, — „da, guck mal, Jürgard, guck mal den Elefanten an. Das ist ein Elefant, ist das. Gut mal, er läuft...“

Die Mutter weiß nur eines: Nicht berühren! „Nicht anfassen, hörst du, Ernst, hörst du, was ich sage, du sollst das nicht anfassen!“ Sie dürfen es nicht anfassen, es ist nicht für sie. Sie dürfen sich hier durchzwingen, das kann ihnen keiner verwehren, Kunden sind Kunden, auch wenn sie keine sind. Das Warenhaus ist groß, natürlich, und es gibt viel zu sehen, aber in der Konfektions-Abteilung kommt man sich wie ein Dieb vor und zu den Ehemännern geht man besser nicht hin, es ist nicht gesund so auf nüchternen Magen...

Man muß ans Nachhausegehen denken. „Morg, komm, paß du auf Jürgard auf, Jürgard, gib dem Vater die Hand — wo gehts hinaus, wo ist der — steht du, wo der Ausgang ist, Morg?“

Man muß gehen. Man kann nicht ewig hier herumstehen. Morgen kann man wiederkommen, übermorgen, die ganze Weih-nachtszeit über. Da haben die Kinder wenigstens etwas von Weih-nachten. Aber jetzt — man fällt nur Gänge, andere Leute wollen auch ran, man ist im Wege, den anderen, dem Fräulein, den Kindern, sich der ganzen Stadt, der ganzen Welt... „Darf es etwas sein?“ jammert das Fräulein, und diese heulende Grimasse in dem müden Gesicht soll ein Kundendienst-lächeln sein. „Es darf nichts sein, Fräulein! Nicht heute. Noch nicht heute. Morgen, vielleicht morgen...“

Wir mahnen die Verantwortlichen

Die Preisentungsmöglichkeiten müssen voll ausgeschöpft werden.

Die Arbeiterchaft hat ein Recht zu fordern, daß mit aller Energie alle Möglichkeiten der Preisentung ausgeschöpft werden. Das, was bis heute feststeht — die Senkung der Mieten, die Ankündigung niedriger Kohlenhandelspreise, die 10prozentige Senkung der Markenartikelpreise und die Beschlässe verschiedener Kommunen, die Latise zu senken —, kann, gemessen an den großen Lohnkürzungen, nur einen Bruchteil des Kaufkraftverlustes ausgleichen.

Es kommt darauf an, überall dort, wo Kostensenkungen ohne entsprechende Preisentung eingetreten sind oder jetzt eintreten werden und wo ungerechtfertigte, nicht mehr tragbare Ueberhöhungen vorliegen, den Preisabbau vorwärts zu treiben.

Die deutschen Getreidepreise

liegen noch immer um mehr als 100 Proz. über den Weltmarktpreisen, und es muß endlich durch Senkung der Getreidezölle — die für die Bauern wenig, für die Großhändler aber vielfach eine Hauptprämie bedeuten — eine Anpassung der Getreidepreise an die geschwächten Kaufkraftverhältnisse herbeigeführt werden. Dergleichen ist die

Herabsetzung des Zuckerspreises

unausschießbar. Die jetzigen deutschen Inlandspreise für Zucker liegen fast 80 Proz. über dem Vorkriegsstand bei einem durchschnittlich 30prozentigen Teuerungsfaktor der Großhandelspreise.

Wir möchten Herrn Stegerwald fragen, wie er sein Ziel, Deutschland zum billigsten Land zu machen, erreichen will, solange die Regierung Lebensmittelpreise sanktioniert, die wie die Getreidepreise doppelt, wie die Zuckerspreise sogar dreieinhalbmal so hoch wie die Auslandspreise sind.

Die Brotpreisentung

solte von der Verbilligung der Getreidepreise ihren Ausgang nehmen und kann durch Anpassung der Verarbeitungszuschläge sowohl der Mühlen wie der Bäckereien an die Kostensenkung beträchtlich erweitert werden. Die Befreiung von der Umsatzsteuererhöhung, die Preisentung der Lohn- und Zinsabbau machen die Bahn für die längst fällige Korrektur der Mühlen- und Bäckerspannen frei. Wenn z. B. die Mühlenpanne um 10 Proz. und die Bäckerspanne für Berlin um durchschnittlich 15 Proz. gesenkt würde, so würde dies eine Brotpreisentung um 6 Pf. je Kilogramm Brot ermöglichen. Dazu läme noch die Auswirkung niedrigerer Getreidepreise.

Eine Herabdrückung der Preispannen

ist ferner für Fleisch und Fleischwaren dringend geboten. Den starken Rückgängen der Schlachtviehpreise stehen viel geringere Herabsetzungen der Spanne zwischen Großhandels- und Kleinverkaufspreis für Fleisch gegenüber. Hier haben der Preiskommissar und die von ihm eingesetzten lokalen Stellen Arbeit.

Die Margarine.

Wir müssen ferner die Aufmerksamkeit auf die Preiserehöhungen (!) der neuen Margarinekonvention lenken, die vor vierzehn Tagen knapp vor Rotocordnungsstörungsbeginn für die billigen Margarineforten vorgenommen wurde und trotz des einmütigen Protestes der Öffentlichkeit bisher nicht rückgängig gemacht wurden. Die Markenartikel-Rotocordnung trifft nur die teure Markenmargarine; dagegen entfällt der Hauptteil des Verbrauchs auf die billigen Sorten. Berücksichtigt man, daß die Rohstoffkosten der Margarine sich seit 1928 auf die Hälfte gesenkt haben bei einem Rohstoffanteil von zwei Drittel der Herstellungskosten, daß ferner die Produktionskosten durch Frachten-, Zins- und Lohnsenkung sich erniedrigen, so muß der Margarinevertrieb angemessen werden, auch die Preise für die lose verkaufte Margarine der Preisentung voll anzupassen.

Bei den Kohlenpreisen

hat man bisher nur von der Herabsetzung der Kleinhandelspreise, aber nichts von dem Abbau der Großhandelsrabatte der Konzerngesellschaften gehört, deren Uebermäßigkeit seit Jahren in Sachverständigenurteilen aufs schärfste kritisiert wurde. Der Reichswirtschaftsminister hat ausdrücklich das Recht zur Reuefestlegung der Handelsrabatte erhalten. Von den kleinen Kohlenhändlern, deren Los vielfach nicht zu beneiden ist, verlangt man den Spannenabbau, soll der Werkhandel, der vielfach überflüssigerweise zwischengeschaltet ist, weiter seine ungerechtfertigt hohe Gewinnabschöpfung behalten? Wenn hier Gerechtigkeit geübt wird, dann ist es möglich, insgesamt eine Verbilligung der Brennstoff-Kleinhandelspreise um 25 bis 30 Pf. pro Zentner herbeizuführen.

Bei Bekleidungswaren, Hausrat und sonstigen Anschaffungs-gütern

wird gleichfalls auf einigen Gebieten, auf denen sich ungesund hohe Handelszuschläge erhalten haben, eingzugreifen sein. Unverkennbar und unverständlich ist der Standpunkt der Konsumföderation, die die Preisentung unter nicht stichhaltigen Vorwänden verweigern wollen. Hier und in anderen ähnlichen Fällen muß das Nachwort der Regierung entscheiden, wenn der gute Wille fehlt. — Unzulänglich sind die bisher bekannt gemachten Senkungen der

Tarife für den Berufsverkehr.

Wir erkennen wie schon immer an, daß für die finanziell so schwer bedrängten Kommunen es heute ein schweres Opfer bedeutet, allgemeine umfassende Tarifsenkungen vorzunehmen. Trotzdem sind diese unumgänglich, angesichts der Notlage der wertvollen Bevölkerung durch den unentwegten Lohnabbau. Aus diesem Grunde ist zum Beispiel die Revision der Berliner Tarifbeschlässe, durch die nunmehr auch der Berufsverkehr eine allgemeine Verbilligung erfährt, notwendig gewesen und anzuerkennen.

Völlig unzulänglich sind dagegen die bisherigen Maßnahmen der Reichsbahn für den Berufsverkehr. Wie soll ein Arbeiter, der fünfzehn oder zwanzig Kilometer von der Arbeitsstätte entfernt wohnt wie viele Hunderttausende, 2,50 oder 3 M. von einem Rettomochenlohn von 25 oder 30 M. für die Arbeitermochenfarte bezahlen? Die Reichsbahn hat bisher nur eine fünfprozentige Herabsetzung der Tarifartenpreise, übrigens vor Verkündung der Rotocordnung, zugelagt; für den Berliner und Hamburger Stadt- und Vorortverkehr überhaupt keine Ermäßigung.

Immer weiße Zähne hat man bei ständigem Gebrauch von Chlorodont-Zahnpaste (Tube 50 Pf.) unter gleichzeitiger Benutzung der praktischen Chlorodont-Zahnbürste (Spezialzahnbürste). Versuch überzeugt. Hüter Sie sich vor minderwertigen, billigen Nachahmungen.

nachdem noch vor Jahresfrist die Berufsverkehrstarife um 10 Proz. erhöht wurden! Eine fühlbare Herabsetzung der Wochen- und Monatskarten der Reichsbahn unverzüglich zu veranlassen, ist Regierungspflicht.

Die Verweigerung der sofortigen Postgebührensenkung

ist eine arges Enttäuschung. Jetzt ist sie bis 1. April wahrscheinlich aufgehoben. Eine Senkungsmöglichkeit kann ohne starke fiskalische Beeinträchtigung und muß aus Gerechtigkeitsgründen unverzüglich vorgenommen werden: die Senkung der Rundfunkgebühren. Deutschland hat den zweifelhaften Ruhm, doppelt und dreifach so hohe Rundfunkgebühren zu erheben wie alle anderen Länder, und diese Ueberhöhung sollte baldmöglichst korrigiert werden.

Wenn auch der Spielraum, der heute den Massen für Genußmittel bleibt, außerordentlich eingengt ist, so muß doch verlangt werden, daß

gewisse traffe Uebersteuerungen für Genußmittel.

die einmal im Massenhaushalt eine gewisse, wenn auch bescheidene Rolle spielen, beseitigt werden. Das Alkoholkapital hat bisher trotz seiner gewaltigen Verbilligung der Braurohstoffe (Gerste und Hopfen) keinerlei Senkung der Bierpreise vorgenommen und alle Steuererhöhungen sind auf die Konsumentenschaft ab-

gewälzt worden. Man kann überschlägig schätzen, daß die Rohstoffverbilligung seit 1927 den Brauereien eine Ersparnis von mehr als 5 Mark pro Hektoliter gebracht hat, also allein den Spielraum für eine Senkung der Bierpreise für Schankbier wie für Flaschenbier um 5 Pf. per Liter böte.

Wenn große Brauereien durch eine leichtsinnige Pumpwirtschaft und eine unverantwortliche Expansion Verluste erlitten haben, so ist das ihre Sache. Sie haben genügend Gewinne und Reserven, um diese unnötigen selbstverschuldeten Verluste auszugleichen. Die Selbstkostenentung muß im Preise abgegolten werden, übrigens nicht allein aus Konsumentenrücksichten, sondern auch aus fiskalischen Erwägungen, um eine sonst wohl kaum vermeidliche weitere Schrumpfung des Steueraufkommens zu verhindern. Kleinerer Ruhen, größerer Umsatz — hat hier Parole zu sein.

Bei den Tabakwaren

liegen die Dinge gleichfalls nicht so einfach, wie es die Interessenten darzustellen liebten. Die Preisermäßigung für die Zigaretten vom 1. Juli ist zu einem erheblichen Teil durch eine faktische Steuerentung ermöglicht worden, und es wäre Aufgabe, zu prüfen, ob hier, nicht angesichts der hohen Trustgewinne sowie der eingetretene Kostenentungen eine Verbilligung eintreten kann, die nicht zu Lasten der Händler geht.

Wir haben aus dem großen Gebiet der notwendigen Preisentung hier nur einen Ausschnitt und einige Anhaltspunkte für notwendige Anpassungsmöglichkeiten auf einzelnen Gebieten geben können. Aber schon diese Zusammenstellung über Preisentungsmöglichkeiten, die kein Wunschzettel bleiben dürfen, sondern auf deren Verwirklichung die Arbeiterchaft ein von der Regierung „verbrieftes“ Anrecht hat, zeigt, daß ein weites Feld zum unverzüglichen Handeln gegeben ist.

Die staatliche Elektropolitik führt.

Eine preußisch-sächsische Interessengemeinschaft für Mitteldeutschland.

Seit Jahren gibt es in Deutschland zwar so etwas wie ein Programm der einheitlichen Durchorganisation der gesamten Elektrowirtschaft des Reiches. Es sind besondere Gesellschaften dafür gegründet worden, und Oskar von Miller hat auch einen Reichselektroplan ausgearbeitet — aber praktisch geschehen ist auf diesem Gebiete verhältnismäßig noch sehr wenig. Eine erfreuliche und auch opferreiche Aktivität hat bisher nur Preußen entfaltet. Jetzt ist zwischen der Preussischen Elektrizitäts A.-G. und der A.-G. für Sächsische Werke ein Vertrag geschlossen worden, der auch das Land Sachsen in dieser für Deutschland auf lange Sicht so wichtigen Frage in erfreulicher Weise aktiv werden läßt. Darüber wird gemeldet:

„Die Preussische Elektrizitäts A.-G. in Berlin und die Aktiengesellschaft Sächsische Werke Dresden haben einen Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen. Der Vertrag bezweckt die Vertiefung der Gemeinschaftsarbeit zwischen den Unternehmungen, insbesondere bei der weiteren elektrowirtschaftlichen Betätigung in Mitteldeutschland.“

Von unterrichteter Seite wird uns dazu geschrieben: Der zwischen der Preussischen Elektrizitäts A.-G. und der A.-G. Sächsische Werke abgeschlossene Vertrag bedeutet ein Fortschreiten auf dem Wege zu einer rationelleren Gestaltung der deutschen Energiewirtschaft. Durch das Abkommen gehen Unternehmungen miteinander eine Interessengemeinschaft ein, die in ihrer Struktur gleichartig sind. Beide stellen den Typ von Landesunternehmen dar, die — gestützt auf eigene Energiequellen — in einer lange zurückreichenden Entwicklung die Versorgung großer Gebietsteile durch Großkraftwerke und Hochspannungsfernleitungen entwickelt haben. Beide Gesellschaften haben die Notwendigkeit erkannt, eine enge Gemeinschaftsarbeit mit den kommunalen Körperschaften ihres Versorgungsgebietes herzustellen und die Kommunen an ihrem Aktienkapital zu beteiligen.

Darüber hinaus sind die Gesellschaften mit dem Lande Thüringen seit den letzten Jahren erheblich an der Elektrizitätswirtschaft in Thüringen interessiert. Sowohl die Preussische Elektrizitäts A.-G. als auch die A.-G. Sächsische Werke beliefern auf Grund der Verträge, die mit der Thüringischen Landes-Elektrizitätsversorgung A.-G. „Thüringenwerk“ in Weimar abgeschlossen sind, thüringisches Gebiet. Ferner bestehen Aktienbeteiligungen an einer Reihe von thüringischen Verteilungsgesellschaften, die sie unmittelbar bzw. mittelbar über die Thüringer Gasgesellschaft in Leipzig, deren Aktienmehrheit in ihren Händen ist, besitzen. Die Interessengemein-

schaft hat daher nicht nur für die beteiligten Gesellschaften, sondern auch für das thüringische Wirtschaftsgebiet Bedeutung. Sie dient der Ausgestaltung einer rationelleren Gemeinschaftsarbeit und damit der weiteren Zusammenfassung der elektrowirtschaftlichen Organisation in Deutschland.

Im thüringischen Wirtschaftsgebiet sind die Elektromerkmale außerordentlich vielfältig. Eine Hauptmannschaft des Landes, von der aber nur die Großverteilung aussteht, liegt bei der A.-G. Thüringenwerk in Weimar. Von allen umgrenzenden Ländern greifen aber öffentliche und auch private Elektrosysteme herein, so im Osten das sächsische, im Westen das preussische, im Norden die Deutscher Gasgesellschaft und die G. Sachsen-Anhalt A.-G.; im Land selbst sind es vor allem vier Privatgesellschaften, die sich in die Elektroversorgung des Landes teilen: die Thüringer Gasgesellschaft, die Licht- und Kraft A.-G. in Berlin, Schudert-Rürnberg und die Elektrizitätslieferungsgesellschaft Berlin, die heute noch der A.G. nahesteht. Preußen und Sachsen trafen sich bisher mit gemeinsamen Beteiligungen an der Thüringer Gas A.-G. und auch der neuerlichsten A.-G. Obere Saale, deren Toppfer 1931 zu Ende gebaut wird und deren Kraftwert Ende 1932 in Betrieb genommen werden soll. Hier sind 40 Millionen Mark investiert, und Tausende von Arbeitlosen haben in den letzten Jahren dort Arbeit gefunden. An der G.-G. Obere Saale ist neben dem Reich auch schon Thüringen beteiligt.

Der hergestellte engere Arbeitskontakt zwischen Preußen und Sachsen ist wichtiger und vollkommener als das System der fogenannten Demarkationsverträge, wo nur Mauern mit strenger Gebietsabgrenzung aufgerichtet werden, ohne daß an eine einheitliche Versorgung und an eine wirkliche Verbilligung angezogen werden. Aber es ist zu hoffen, daß diese enge Zusammenarbeit, die Mitteldeutschland sicher den größten Nutzen bringen kann, nichts organisatorisch Neues geschaffen und die beiderseitigen Vorstände sollen in allen mitteldeutschen Fragen eng zusammenarbeiten. Aber es ist zu hoffen, daß diese enge Zusammenarbeit für die drei Länder Preußen, Sachsen und Thüringen große gemeinsame Vorteile bringen und so den Weg der wirtschaftlichen Vereinheitlichung Deutschlands vorbereiten wird.

Borsig — Pumpenvereinigung.

Die Herkunft der Borsig-Verluste.

Zu unserem Artikel „Die Borsig-Verluste“ in Nr. 595 des „Vorwärts“ teilt uns die Firma C. Henry Hall G. m. b. H. mit, daß die Anteile dieser Gesellschaft nach wie vor im alleinigen Besitz des von uns genannten Generaldirektors Behrendt sind und daß die Firma Borsig das Werk Hall in Fürstenuwale niemals erworben habe. Die Hinzufügung wäre u. E. willkommen gewesen, daß die Firma Hall gemeinsam mit Borsig in der Pumpenvereinigung war, später aber ausgeschieden ist, was unserer Behauptung einigermaßen entsprechen hätte. Ferner wird gesagt, daß das Bürohaus Linkstr. 19 von der Vereinigung deutscher Pumpenfabriken nicht erworben worden sei, sondern Eigentum der Firma Hall war. Der Erwerb dieses Grundstücks hätte keine Belastung für die Vereinigung der Pumpenfabriken bedeutet. Für den Erwerb mag das stimmen. Aber es wird wohl auch Herr Direktor Behrendt nicht bestreiten, daß die Pumpenvereinigung für dieses Haus an die Firma Hall eine gut zu Buchschlagende Miete gezahlt hat, auch zu der Zeit, wo Behrendt zugleich Geschäftsführer der Vereinigung war. Die weitere Feststellung der Firma Hall, daß sämtliche Maßnahmen des Geschäftsführers Behrendt stets in vollem Einverständnis mit der Firma Borsig getroffen worden seien, ist überflüssig, denn das Gegenteil hatten wir nicht behauptet. Im übrigen erklärt die Firma C. Henry Hall eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß die Firma Borsig noch am 30. Mai d. J. die Vereinigung deutscher Pumpenfabriken wertmäßig so hoch eingeschätzt hat, daß die Anteile der Firma Hall an der Vereinigung zu diesem Zeitpunkt von der Firma Borsig noch über par angekauft worden sind und daß Borsig seit Ende Mai allein die verantwortliche Leitung der Pumpenvereinigung innehat. Noch im Jahre 1931 habe die Firma Borsig Aufträge im Werte von über 3 Millionen von der Pumpenvereinigung erhalten.

Unsere Auffassung, daß die Borsig-Verluste keineswegs in erster Linie bei der Pumpenvereinigung entstanden sein können, wird hier bestätigt. Sollten überhaupt Verluste bei der Vereinigung in größerem Maße vorliegen, so können sie erst nach der Uebernahme der Leitung durch Borsig ab Mai d. J. entstanden sein. Die Auf-

kärung über die Herkunft der Borsig-Verluste wird also noch dringlicher als bisher.

Die Deutsche Golddiskontbank hat durch Beschluß einer außerordentlichen Generalversammlung ihr 10-Millionen-Rund-Sterling-Kapital entsprechend einer Rotocordnung vom 1. Dezember 1931 in Mark umgewandelt. Bemerkenswerterweise wurde dabei der Parikurs von 20 Mark für ein Pfund zugrunde gelegt.

Der transatlantische Passagierverkehr hat unter der Krise enorm gelitten. In den ersten 11 Monaten 1931 ging die Gesamtzahl der Passagiere im internationalen Verkehr von Europa nach dem Westen von 540 000 auf rund 300 000 zurück.

Verantwortlich für Politik: Dieter Schiff; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: A. Seiner; Realitäten: Dr. John Schilowski; Volles und Conditoren: Rich. Rothbart; Anzeigen: Th. Glöck; Ähnlich in Berlin, Berlin: Handels-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsanstalt und Verlagsanstalt West-Deutscher Verlag, Berlin. G. M., Lindenstraße 2, Berlin 2, Schillingstr.

Zum Weihnachtsfest

auf alle Uhren 10% Rabatt



**Armband-
Taschen-Uhren**
das beste Geschenk

585 gold. Damen-Armbanduhr	10 Steine, Schweiz. Werk M	19.—
Silberne Herren-Armbanduhr	„ „ „ „	12.—
Herren-Taschenuhr	„ „ „ „	4.—
585 gold. Herren-Armbanduhr	„ „ „ „	30.—

Zwei Jahre schriftliche Garantie

Reisewecker, Taschenuhren große Auswahl

Hermann Wiese

Artilleriestraße 30
Kottbusser Damm 2
Passauer Straße 12

Sonntag geöffnet von 3—7 Uhr

Was wird mit den Zuckerpreisen?

Das Zuckerzollgesetz ohne Preisentung verlängert. — Ein merkwürdiger Kommentar.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist durch eine Verordnung der Reichsregierung die am 31. Dezember 1931 ablaufende Zuckerzollregelung um ein weiteres Jahr verlängert worden. Die Notwendigkeit dafür ergebe sich daraus, daß der Zuckerpreis auf dem Weltmarkt seit Einführung des jetzigen Zolles dauernd gesunken ist. Eine Verminderung des Zollschutzes sei unter diesen Umständen für die rübenbauende Landwirtschaft nicht zu verantworten gewesen, weil die Folge eine weitgehende Ueberschwemmung Deutschlands mit Auslandszucker hätte sein müssen.

Diese Regierungsmittelteilnahme geht um einen sehr wichtigen Punkt geschickt, aber in verdächtiger Weise herum. Im Zuckerzollgesetz ist nämlich auch die Regelung der Zuckerpreise enthalten. Die Sozialdemokratie hat im Interesse der Konsumenten eine Senkung des Zuckerpreises um mindestens 3 Mark verlangt, was auch für die Zuckerinteressenten sich günstig hätte auswirken müssen, weil die Lage der Zuckerwirtschaft gerade wegen der unhaltbar hohen Preise und durch den Rückgang des deutschen Zuckerverbrauches sich so ungünstig gestaltet hat. Eine Senkung der Zuckerzölle war hier also zunächst gar nicht notwendig, weil das Gesetz ohnehin die Möglichkeit zur Senkung der Zuckerpreise offen läßt. Die Regierung muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß mit der von ihr für die Verlängerung des Zollgesetzes gegebenen Begründung nicht das geringste gegen die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Zuckerpreisentung bewiesen ist.

Die Kaufbolde vom Kurfürstendam.

Haftentlassungsanträge im Heildorf-Prozess.

Im Prozeß der Kaufbolde vom Kurfürstendam mußte gestern Haftprüfungstermin stattfinden. Man erwartete ausführliche Erklärungen der Verteidiger zur Haftentlassung; auch der „Sachverständige“ Freißler aus Kassel war zum erstenmal im Gerichtssaal anwesend. Die Erklärungen blieben aber aus, ebenso der Beschluß des Gerichts über die Haftentlassung der zwei Tugend noch inhaftierten Kurfürstendam-Nazis. Die Verteidiger überreichten zum Schluß der Verhandlung ihre schriftlichen Erklärungen, das Gericht wird ohne Beteiligung der Schöffen im Rahmen eines Hauptprüfungstermins über die Anträge entscheiden und heute früh seinen Beschluß verkünden.

Der Stimmung der Angeklagten nach zu urteilen, betrachten sie sich schon so gut wie entlassen. Nach der Beendigung der Verhandlung war es ein freudvolles Hinüber und Herüber; die sich in Freiheit befindenden Angeklagten tauschten Händebrücke mit den Verhafteten aus, es gab ein derartiges lebhaftes Hin und Her, daß der Vorsitzende schließlich mit Donnerstimme eingreifen mußte: „Wann werden die Angeklagten endlich mal abgeführt?“

Die heutige Verhandlung dürfte mit einigen Hindernissen vor sich gehen. Der „Leiter der Stadtwache“ in der Hedemannstraße, der Angeklagte Gesehr, hat sich gegen 12 Uhr vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen einer Schlägerei mit Postanten am Anhalter Bahnhof zu verantworten; mit ihm auch mehrere seiner „Untergebenen“. Die Vernehmung des Angeklagten Gesehr und des Heildorfer Chauffeurs Kühns — beide wurden, was erinnerlich, vom Schnellschöffengericht verurteilt — soll nicht mit der Gruppe ihrer Mitangeklagten stattfinden, sondern gemeinsam mit derjenige des „Führers“ Heildorf und des „Stabsleiters“ Ernst.

Die Vernehmung der Angeklagten ist bis Nr. 25 gestrichen — die Tropfzeitung, daß sie erst nach Weihnachten zu Ende geführt werden wird, hat sich also bemächtigelt. Am Donnerstag soll nur eine Stunde lang verhandelt werden. Die Sitzung darf nicht ausfallen, da die nächste Verhandlung erst am Montag stattfinden kann, man aber nicht länger als drei Tage ausfallen darf; sonst muß der ganze Prozeß von neuem beginnen. Die Vernehmung des Grafen Heildorf und Genossen wird also erst nach den Feiertagen vorantreten können.

Die Verteidigung der Angeklagten vollzieht sich nach der üblichen Methode. Sie waren alle „rein zufällig“ auf dem Kurfürstendam, kein einziger war richtig dabei, bloß die Reugier hatte sie dorthin geirrt. Es gibt noch wie vor viel lustige Momente, die Angeklagten überbieten sich in ihren Aussagen in humorvollen Pointen und ernten bei ihren Mitangeklagten reichen Beifall. Die Ausflüchte sind mitunter herzerbeutend, daß sogar die Kurfürstendam-Genossen sich über diese Dummheit unverschämlich amüsieren und selbst das Gericht nur mit Würde ertränken lassen. Werden die Angeklagten zu lustig, so ruft der Vorsitzende dazwischen: Ruhe!

Umwänglich lernt man auch die verschiedenen Freundinnen der Angeklagten kennen. Auf die „Notte“ von Sonnabend folgte gestern die „Frieda“. Ein Angeklagter erklärte nämlich, er sei nach Halensee gegangen, weil er für das jüdische Reuhausfest eine Verabredung mit einem Mädchen getroffen hatte, mit der er erst am Abend zuvor auf dem Tanzboden bekannt geworden war. „Wer war denn diese Dame?“ fragt der Vorsitzende. „Sie hat sich mir nur als Frieda vorgestellt“. Der Angeklagte hat in der Haft geheiratet. Natürlich nicht die „Frieda“.

Die Angeklagten sind diesmal vorsichtiger als vor dem Schnellschöffengericht. Sie wissen, worauf es ankommt und vermeiden ungläubwürdig erscheinen lassen. Da war z. B. einer, der unter allgemeiner Heiterkeit dem Schnellschöffengericht welsch machen wollte, er habe geglaubt, daß auch zum jüdischen „Silvester“ Feuerwerk abgebrannt werden würde; um sich diesen Namen anzusehen, sei er auf den Kurfürstendam gegangen. Diesmal muß er vom Feuerwerk nichts mehr wissen. Der Staatsanwalt hält ihm aber auf Grund seiner Äußerung die Aussage von der letzten Gerichtsverhandlung vor und beruft sich auf die allgemeine Heiterkeit, die dieses „Feuerwerk“ selbst bei den Angeklagten ausgelöst habe. Der brave SA-Mann bleibt aber bei seinem Zeugnis. Seine Mitangeklagten sind ganz still geworden, sie wissen alleamt, daß ihr Genosse lügt.

Auch Freißler sorgt für Unterhaltung. Ein Angeklagter behauptete z. B., er habe auf dem Kurfürstendam sehr viel „besseres Publikum“ angetroffen. Dazu Freißler: „Damit hier kein Mißverständnis entsteht: Der Angeklagte meint damit nicht besseres, sondern besser gekleidetes, also schickeres Publikum. Das bessere Publikum ist doch zweifellos die SA.“ Derartige Bildeiten muß sich das Gericht anhören...

Die Angeklagten waren gestern in Zivil erschienen. Auch hatte sich niemand verspätet. Der Vorsitzende schloß die Verhandlung mit der Ermahnung, pünktlich zur Stelle zu sein, da er mitbringt, falls die Schöffen vorführen lassen und in Haft nehmen würde. Die Verhandlung geht heute um 9 Uhr weiter.

Die gefährliche Reimmachefrau der Z.N.S.



„Jetzt verwischt sie schon beim Scheuern die Stalinsche Linie — sie ist sicher eine Verräterin!“

Ungarns Bankrotterklärung.

Auslandsmoratorium verkündet.

Budapest, 22. Dezember.

Die ungarische Regierung hat heute ein Transfer-Moratorium erklärt und angekündigt, sie werde in den kommenden zwölf Monaten, von gewissen Ausnahmen abgesehen, die in diesem Zeitraum fälligen Zahlungen aus den Auslandsverpflichtungen Ungarns nicht in fremden Zahlungsmitteln, sondern in Pengö, die in einem besonderen (staatlichen gesperrten) Fonds der Nationalbank gesammelt werden, tilgen.

Von den Verhandlungen mit den ausländischen Gläubigern wird es dann abhängen, wann diese Pengö-Guthaben in Auslandspapieren umgewandelt werden, d. h. wann der Transfer tatsächlich vollzogen werden wird.

Die Verordnung ist von dem Ministerrat bereits fertiggestellt worden und gelangt am heutigen Dienstagabend vor den 3er-Ausschuß. Der neue Finanzminister Baron Friedrich Koranyi wird dabei besonders begründen, welcher Teil der etwa 300 Millionen Pengö betragenden jährlichen Gesamtschuld weiterhin in der festgelegten Weise bezahlt wird und für welchen das Transfer-Moratorium in Anspruch genommen wird. Man glaubt, daß der Transfer von etwa 100 Millionen aufrechterhalten bleibt und etwa 200 Millionen dem Transfer-Moratorium unterliegen werden. Gerüchte, die ungarische Regierung würde ein allgemeines Zahlungsmoratorium erklären, werden als vollständig unbegründet bezeichnet.

Der Entschluß der ungarischen Regierung, ein Moratorium für Auslandsschulden zu verkünden, kommt keineswegs überraschend. Seit Tagen wurde ein solcher Schritt angekündigt, der praktisch einer Bankrotterklärung des Staates gleichkommt.

Am stärksten betroffen dürfte dadurch Frankreich sein, das erst kürzlich Ungarn einen großen Kredit gewährt hatte. Wegen dieses Kredits wurde die französische Regierung noch vor wenigen Tagen im Parlament angegriffen. Vermutlich wird sich dieser Angriff nunmehr in verstärkter Form im Parlament wiederholen und es wäre kein Wunder, wenn die Regierung Lalat bei diesem neuen Vorstoß unterlegen würde. Denn bisher war es fast ausschließlich die Linke, die ihr jene großzügige Anleihepolitik gerade gegenüber reaktionären Regierungen wie der ungarischen und der jugoslawischen vorwarf, während bei der angekündigten Interpellationsdebatte auch die Nationalisten unter Führung von Franklin-Bouillon gegen das Kabinett vorgehen werden.

Im übrigen ist der ungarische Entschluß ein ernstes Warnungszeichen für die ganze Welt. Das Beispiel aus Budapest könnte sehr wohl Nachahmung finden, wenn man nicht bald zu einer vernünftigen Regelung der gegenwärtig schwebenden Schuldenprobleme gelangt. Der Bericht des Baseler Sonderausschusses wird offenbar sehr dürftig ausfallen. Die Berliner Stillhaltungsverhandlungen sind einstweilen ergebnislos abgebrochen worden und werden erst nach Weihnachten wieder aufgenommen werden. Sowohl die Reparations- wie die Privatgläubiger Deutschlands sollten bedenken, daß ein Mangel an Entgegenkommen Deutschland gegenüber auch für sie mit einem nicht geringen Risiko verbunden ist.

Endkampf in Basel.

Schlußsitzung Mittwoch nachmittag?

Basel, 22. Dezember.

Auf Grund privater Besprechungen am Dienstagabend wurde der Sonderausschuß für Mittwoch 10 Uhr zu einer Vollversammlung einberufen, in der nunmehr versucht werden wird, die in den Beratungen des Redaktionsausschusses aufgetretenen Schwierigkeiten zu überwinden. Nach Mitteilungen von englischer Seite soll, falls in der Vormittagsitzung eine Einigung über das Kapitel 2

Theater: Die Tribüne.

„Stichwort: Feldens!“

Wieder einmal ein Stück mit einer Doppelrolle. Eine Unbekannte nützt ihre Ähnlichkeit mit einem Filmstar zu sehr unlauteren Zwecken aus. Der neue Einfall wird umständlich und zuletzt mit reichlicher Sentimentalität zu drei Akten ausgewalzt. Verfasserin und Hauptdarstellerin ist Eise Eckersberg. Freundlicher Beifall.

zustande kommt, um 15 Uhr die Schlußsitzung stattfinden. Die Veröffentlichung des Berichts könnte also Mittwochabend erfolgen.

Zürich, 22. Dezember. (Eigenbericht.)

Die „Neue Züricher Zeitung“ meldet:

„Statt der Vollziehung des Sonderausschusses bei der B.J. fand am Dienstag eine private Sitzung statt, die um 11,30 Uhr begann. Die Stimmung ist optimistisch, denn man ist der Meinung, daß ein von Collin eingebrachter Vorschlag über die Aufhebung der Reparationszahlungen — der Vorschlag ist im Grunde identisch mit demjenigen Sir Walter Caytons, doch ist er in eine andere Form gekleidet — ausgeschaltet wird, denn sonst könnte das Komitee seine Arbeiten nicht zum Abschluß bringen. Die Delegierten Frankreichs, Belgiens und Jugoslawiens würden, wenn Collin seinen Vorschlag aufrechterhalten würde, an den Verhandlungen in Basel nicht mehr teilnehmen.“

„Die Delegierten prüften — so fährt die „Neue Züricher Zeitung“ fort — am Dienstag den ersten Abzug des Berichtes, der sich mit dem Budget Deutschlands, der Lage der Reichsbank, der Zahlungsbilanz und dem Betrag der Schulden und der Guthaben Deutschlands im Ausland befaßt. Dieser erste Teil des Berichtes, der erst am Dienstagmorgen um 14 Uhr fertiggestellt werden konnte, wurde angenommen. Der zweite Abschnitt des Berichtes bezieht sich auf die Ursachen der Krise, der dritte auf die Notverordnungen und ihre Rückwirkungen auf das Budget und der vierte Abschnitt enthält die Schlußfolgerungen. Dieser vierte Abschnitt ist gegenwärtig der Hauptgegenstand der Differenzen. Auf Dienstagabend 9 Uhr ist wieder eine „Prinzipalsitzung“ anberaumt.“

Bayerische Justiz.

Immer langsam voran. — Sozialdemokraten interpellieren.

München, 22. Dezember. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Bayerischen Landtag eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, welche Maßnahmen sie ergreifen wolle, um die Durchführung von schwebenden Prozessen ohne Rücksicht auf die Person und politische Einstellung des Angeklagten zu ermöglichen.

In der jetzt zu Ende gegangenen Münchener Schwurgerichtsperiode wurde eine Reihe kommunistischer Pressevergehen abgeurteilt, die teilweise mehrere Jahre zurück lagen. Dagegen schweben zur Zeit noch über 40 Anklagen gegen Nationalsozialisten, deren Durchführung immer wieder verschoben wird, weil die Angeklagten zu den Terminen nicht erscheinen. Einzelne Vorführungsbeehle mußten die Haftkreuzler dadurch zu umgehen, daß sie sich knapp vor dem Termin von ihrem Arzt Verhandlungsunfähigkeit bescheinigen ließen. Dies zum System gewordene Methode läßt den Verdacht berechtigt erscheinen, daß die Nazis ihre Sabotage einer gerichtlichen Verhandlung nicht ohne stille Duldung gewisser Justizorganisationen üben können. Das wird auch niemand weiter wunder nehmen, der die politische Vergangenheit der bayerischen Rechtspflege kennt.

Polizeiaktion gegen Münzenberg-Liga.

Fünf Ausländer noch in Haft.

Die Politische Polizei nahm am Montag in dem Büro der Antilmperialistischen Liga eine Hausdurchsuchung vor, bei der umfangreiches Material beschlagnahmt und 16 Personen zunächst festgenommen wurden. Bei dem beschlagnahmten Material handelt es sich, wie von der Polizei mitgeteilt wird, um Zerkleinerungen gegen Polizei und Reichswehr. Die Sichtung des Materials wird mindestens noch drei bis vier Tage in Anspruch nehmen.

Während die meisten der Festgenommenen nach Nachprüfung der Personalkarte wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, blieben fünf Personen in Polizeihaft. Es sind dies Ausländer, und zwar Bulgaren, Polen und Tschechen, die keine Pässe besaßen. Einige gaben den Beamten der Politischen Polizei falsche Namen an. Als einer der Beamten einen Festgenommenen, der sich Stahl nannte, bei der Vernehmung darauf aufmerksam machte, daß er sich der Urkundensichtung schuldig mache, wenn er das Protokoll mit dem falschen Namen unterzeichne, verweigerte der Betreffende schließlich die Unterschrift unter das Vernehmungsprotokoll überhaupt. Bisher hat die Polizei nicht feststellen können, wer der Betreffende in Wirklichkeit ist.

Gold liegt sonnenweise nach Paris. Fünf Löwen Gold sind in den letzten zwei Tagen im Flugzeug aus Amsterdam in Paris eingetroffen.

